

GGG

Gesamtschul-Kontakte

Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule – Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.
Verbandszeitschrift · 31. (39.) Jahrgang · 1. Dezember 2008 · H 2395 ISSN 1431-8075



Seite 5

Fachtagung „Klasseninterne Differenzierung“

Über 180 TeilnehmerInnen an dieser Tagung in der Friedens-
talschule in Herford signalisieren ein außerordentlich hohes
Interesses am Thema, und das
weit über die Region hinaus.
Ein Kurzbericht von Michael
Hüttenberger.

Seite 4

Serie Organisationskizzen – diesmal Berlin

Im zweiten Beitrag der neuen
Serie, die den Anspruch hat,
Hinweise und Anregungen zu
geben, wie Andere die „andere“
Schule machen, skizzieren
Lothar Sack und Robert Giese
die Fritz-Karsen-Schule, eine
„Langform-IGS“ in Berlin.

Seite 9 ff

Ein beispielhaftes Projekt aus Bayern

In der Reihe „Beispielhafte
Projekte“ berichtet die Willy-
Brandt-Gesamtschule in Mün-
chen, wie es in acht Jahren in-
tensiver Elternarbeit gelungen
ist, Migranteneltern stärker in
die schulische Gremienarbeit
zu integrieren.

Seite 12 ff

Hamburg braucht (k)eine Schule für alle!?

Was lehrt uns das Scheitern
der Volksinitiative „Hamburg
braucht eine Schule für alle“?
Dieser Frage geht Joachim
Lohmann in seinem Kom-
mentar nach. Sein Fazit: ohne
politische Parteien als Bünd-
nispartner geht es nicht.

Seite 20

Inhalt

GGG-Intern

Alte Schmiede Stedesdorf nun Bundesgeschäftsstelle 3

GGG-Aktuell

„Das ist wie Schweden in Deutschland“ 4
Die GGG öffnet sich 5
Grundsatzposition 5
Stiftung in der GGG 5
Schülerdemos für bessere Bildung 6

Thema

Auf der Suche nach dem individuellen Profil 6

Serie Organisationsskizzen

Organisationsskizze Fritz-Karsen-Schule in Berlin-Neukölln 8

Beispielhafte Projekte

Elternarbeit an der Willy-Brandt-Gesamtschule in München 12

Aus den Ländern

GGG trägt Netzwerke 18

GGG Intern

Termine 19

Kommentar 20

Impressum

Heft 4/2008 vom 1. Dezember 2008

ISSN 1431-8075

Gesamtschul-Kontakte

31. (39.) Jahrgang
Herausgeber: GGG – Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule – Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.

Redaktion: Ursula Helmke, Dr. Christa Lohmann, Dr. Klaus Winkel, Wolfgang Vogel (Koordination), Dr. Michael Hüttenberger (presserechtlich verantwortlich)
Hauptstraße 8, 26427 Stedesdorf,
E-Mail: geschaeftsstelle@ggg-bund.de

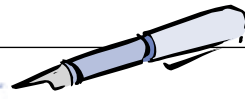
Vertrieb: GGG-Geschäftsstelle, Hauptstr. 8, 26427 Stedesdorf, Telefon: 04971/94668-0
E-Mail: geschaeftsstelle@ggg-bund.de

Die Gesamtschul-Kontakte erscheinen vierteljährlich. Der Abonnementpreis beträgt jährlich € 14,- (einschließlich Versand). Der Einzelpreis des Heftes von € 4,- ist für GGG-Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten. Auflage: 4.000 Exemplare

Druck: Druckwerkstatt Kollektiv GmbH
Layout: Waso Koulis, Michael Hüttenberger
Illustration: Katja Rosenberg

Die nächste Ausgabe erscheint am: 1.3.2009
Redaktionsschluss: 20.1.2009

... vorab bemerkt



Liebe Gesamtschulfreundinnen und -freunde,

wichtige, verbands- bis weltbewegende Dinge habe sich seit dem Erscheinen der letzten Gesamtschul-Kontakte getan: 12.09., 18 Uhr, die neue GGG-Bundesgeschäftsstelle in Stedesdorf wird offiziell eröffnet.

28.9., 18 Uhr, die CSU landet in Bayern bei weit unter 50%, muss in eine Koalition, Seehofer wird wie im schönsten Ganghofer-Stück trotz Verfehlungen wieder in der Heimat aufgenommen.

22.10., Bildungsgipfel in Dresden, enttäuscht können nur diejenigen sein, die sich wirklich etwas davon erwartet haben. 10% des Bruttoinlandproduktes sollen ab 2015 in die Bildung investiert, eine Steigerung um 60 Milliarden Euro, die Halbierung der Schulabgänger ohne Abschluss bis dahin erreicht werden. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg, verheißt ein Sprichwort, aber an Verheißungen der Politik glaubt kaum noch jemand.

3.11., 10.30 Uhr, die Grandiositäts-Fantasien Andrea Ypsilantis scheitern am Last-Minute-Gewissen von drei weiteren Abweichlern und an machtstrategischen Dilettantismus. Die SPD beweist einmal mehr, dass sie keine Feinde braucht. Man darf gespannt sein, wie Hessen im Januar wählt und ob Oskar und Ottmar im Saarland die ersten sein werden, die ein rot-rotes Regierungsbündnis in einem westlichen Bundesland schreineren.

5.11., 5 Uhr MEZ, Obama hat die US-Präsidentschaftswahlen gewonnen und löst den nach Meinung von 71% aller Amerikaner schlechtesten Präsidenten aller Zeiten ab. Die Hoffnungen, die auf Obama Ruhen, sind groß, das Desaster der Hinterlassenschaft noch größer.

15.11., 17 Uhr, die GGG-Mitgliederversammlung beschließt eine der weitreichendsten Satzungsänderungen der letzten Jahre. Sie definiert Kriterien für „eine Schule für Alle“ und erweitert die GGG vom Gesamtschulverband zum „Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens“.

1.12., die letzte Ausgabe der Gesamtschulkontakte in diesem Jahr und in dieser Aufmachung erscheint und berichtet kurz und aktuell über die Mitgliederversammlung in Herford sowie über die ausgesprochen erfolgreiche Fachtagung zur klasseninternen Differenzierung.

Ursula Helmke thematisiert das notwendige Bestreben von Schulen nach individueller Profilbildung. Mit der „Organisationsskizze“ zur Fritz-Karsen-Schule in Berlin setzen Lothar Sack und Robert Giese die neue Serie fort. Über die positiven Rückmeldungen auf den ersten Beitrag haben wir uns sehr gefreut.

Andrea Östreicher und Thomas Siegel und berichten über erfolgreiche Elternarbeit an der Willy-Brandt-Gesamtschule in München und lassen damit die Reihe „Beispielhafte Projekte“ wieder aufleben.

In den Länderberichten steht die Schulstrukturreform in Rheinland-Pfalz im Fokus und erneut ist, diesmal im Kommentar von Joachim Lohmann, die Entwicklung in Hamburg von Interesse. Die Länderberichte ergänzt Hans-Peter Kirsten-Schmidt mit einem Beitrag über GGG-Netzwerke in und um Hessen.

Alle Beiträge dieser Ausgabe der Gesamtschul-Kontakte gibt es im Internet (unter www.ggg-bund.de) als pdf-Format, die Möglichkeit zum „downloaden“ inbegriffen.

Und da am 24. 12. schon wieder Weihnachten ist, wünsche ich Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, nicht nur eine informative Lektüre, sondern auch eine stressfreie Weihnachtszeit und ein gutes Neues Jahr – für Sie und für das gemeinsame Lernen.

Ihr

Michael Hüttenberger

Alte Schmiede Stedesdorf nun Bundesgeschäftsstelle

GGG – Bundesgeschäftsstelle bezieht neues Domizil im Landkreis Wittmund

von Rainer Nagel

STEDESDORF/RN – Am Freitagabend war es endlich soweit, der Bundesvorsitzende Lothar Sack, vom Bundesvorstand der Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule e.V. – Gesamtschulverband „GGG“, eröffnete in einer kleinen Feierstunde die neue Bundesgeschäftsstelle in der ehemaligen Schmiede Stedesdorf.

Die langjährige Vorsitzende Christa Lohmann aus Kiel trug in einem Gedicht die knapp 40-jährige Verbandsgeschichte vor. Zusammen mit Ihrem Ehemann Dr. Joachim Lohmann, lenkten die beiden 14 Jahre lang den Verband. Die „GGG“ wurde 1969 in Dortmund gegründet und versteht sich als Interessenvertretung für alle Schulen des gemeinsamen Lernens. Sie unterstützt alle Initiativen und Bemühungen, die der Entwicklung der anerkannten und attraktiven Schule für alle Kinder dienen. Sie befördert die

Modernisierung, Öffnung und Demokratisierung von Schule und Unterricht. 16 Landesverbände und ca. 2.500 Mitglieder werden von dem neuen logistischen Zentrum in Stedesdorf betreut. Die einzelnen Landesverbände veranstalten regelmäßig Regionalkongresse und Fachtagungen, alle 2 Jahre findet ein bundesweiter Bildungskongress statt.

Die „GGG“ verfolgt ein großes Ziel: „Länger miteinander und voneinander lernen“. Schule soll für alle Kinder und Jugendlichen in Ihrer Gesamtentwicklung fördern, zu lebenslangem Lernen und solidarischem Zusammenleben befähigen. Das gegliederte Schulwesen wird dieser Aufgabe nicht gerecht, die gewonnenen Erkenntnisse belegen dieses eindeutig. „Frühes Trennen und Ausgrenzen muss aufhören“. Die gemeinsame Schule für alle respektiert Verschiedenheit, nutzt sie als Chance, fordert Kinder heraus und macht sie stark. Deshalb fordert die



„GGG“ für die Dauer der Pflichtschulzeit eine gemeinsame Schule für alle.

Dass sich die Bundesgeschäftsstelle nun in dem kleinen Ort Stedesdorf befindet, liegt daran, dass der Bundesgeschäftsführer Dr. Michael Hüttenberger gemeinsam mit seiner Ehefrau Ingrid Freihold sein langjähriges Urlaubsziel nun zum Lebensmittelpunkt gemacht hat. Die alte Schmiede wurde stilvoll in ein Wohnhaus umgewandelt, neben den Büroräumen für die „GGG“, hat das Paar auch ein Atelier für die kunstvollen Werke von Ingrid Freihold eingerichtet.

„Mit Dr. Michael Hüttenberger konnte ein kompetenter hauptamtlicher Geschäftsführer und bildungspolitischer Referent gewonnen werden“, so Lothar Sack. Michael Hüttenberger leitete 18 Jahre lang die Erich-Kästner-Schule in Darmstadt, er war bis zum endgültigen Umzug nach Ostfriesland Stadtverordneter und Schulausschussvorsitzender. Seit 1999 gehört Hüttenberger dem GGG-Bundesvorstand an. Bürgermeisterin Anne Meemken sowie einige Nachbarn aus dem Ort freuen sich über die erfreuliche Aufwertung für Stedesdorf. „Nun fehlt uns hier im Ort nur noch eine Haltestation der Nordwestbahn“, so Hüttenberger. ♦

Nachdruck aus: „Anzeiger für Harlingerland“ vom 15. September 2008



Kunstpädagogin Ingrid Freihold (v.l.), GGG-Bundesgeschäftsführer Dr. Michael Hüttenberger, Christa Lohmann, ehem. Vorsitzende, GGG-Bundesvorsitzender Lothar Sack, Bürgermeisterin Anne Meemken, Dr. Joachim Lohmann, ehm. Vorsitzender, Ulrike Kaidas-Andresen und Wolfgang Vogel, beide Bundesvorstand, bei der Einweihung in Stedesdorf.



„Das ist wie Schweden in Deutschland“

Erfolgreiche GGG-Arbeitstagung in Herford

von Michael Hüttenberger

„Klasseninterne Differenzierung – wie geht das?“

Antworten auf diese Frage erwarteten 180 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Arbeitstagung, die die GGG am 14. und 15. Nov. 2008 in der Gesamtschule Friedenstal in Herford veranstaltete. Und offenbar haben sie sie bekommen, das darf man dem überaus positiven Feedback entnehmen. Das große Interesse an der Tagung verwundert nicht. Die Kultusministerkonferenz und mehrere Bundesländer haben Vorschriften, die die Differenzierung in Fachleistungskursen, also das Organisieren von Unterrichtsgruppen je nach Leistungsstand der Schüler notwendig machen, gelockert. Viele Schulen, vornehmlich Gesamtschulen, haben diese Öffnungs-Möglichkeiten ergriffen und erproben Lernformen, die die Individualität und Selbststeuerung der Lernenden ermöglichen und entwickeln. Sie lösen sich damit von der bisher verordneten äußeren Fachleistungsdifferenzierung, durch die sie dazu gezwungen wurden, selektierende und aussondernde Mechanismen des gegliederten Systems innerhalb der eigenen Schule anzuwenden.

Schulen aus mehreren Bundesländern, die auf diesem Weg des „Lernen statt unterrichtet werden“ schon einige Schritte weiter sind, präsentierten in Herford ihre Praxis und ihre Erfahrungen.

Nachhaltig beeindruckend war bereits der Auftaktvortrag von Brigitte Xylander von der Gesamtschule Winterhude in Hamburg. „Das ist wie Schweden in Deutschland“ bemerkte eine Teilnehmerin anerkennend. Nicht umsonst ist die IGS Winterhude für den deutschen Schulpreis 2008 nominiert. Heike Schmitz-Ibeling von der gastgebenden Gesamtschule Friedenstal gab mit ihrem Bericht nahe an der Praxis allen denjenigen ein Beispiel, die sich auf den Weg gemacht haben oder ma-

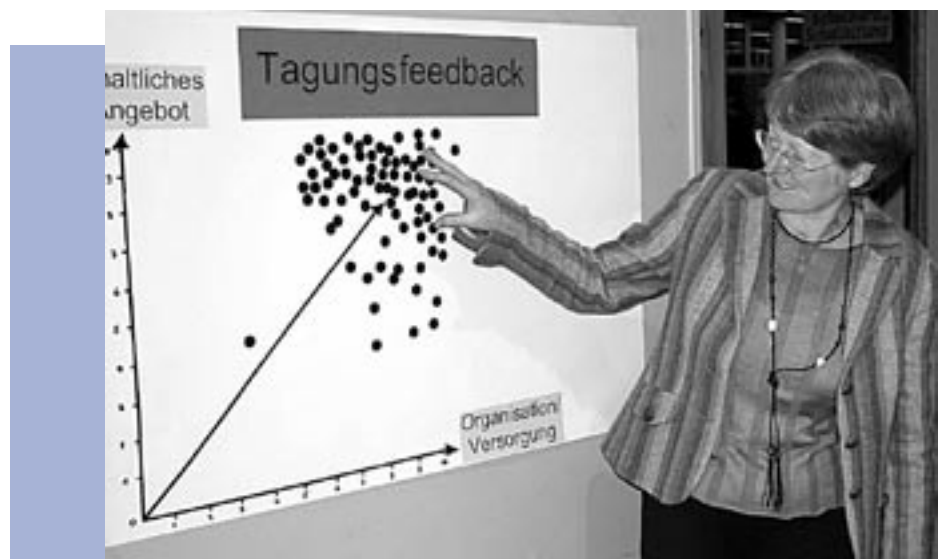
chen wollen. Der Einstieg in die klasseninterne Differenzierung setze einen Prozess in Gang, der die ganze Schule erfasst. In den Arbeitsgruppen konnten dann Erkenntnisse und praktische Anleitungen gemeinsam vertieft werden. Hier zeigte sich der unterschiedliche Entwicklungsstand der einzelnen Schulen. Das machte einerseits Mut, weil „Schulen dabei waren, die nicht schon meilenweit weg sind“, und bestätigte andererseits diejenigen, die schon ein großes Stück des Weges zur klasseninternen Differenzierung gegangen sind. Erwartungsgemäß die größte Nachfrage galt den „Großen“ der Gesamtschulzene, der Laborschule im benachbarten Bielefeld und der Max-Brauer-Schule in Hamburg, Trägerin der deutschen Schulpreises und Gastgeberin des nächsten GGG-Bundeskongresses im September 2009. Ausgesprochen positiv wurde die Schlussform der Tagung aufgenommen. Statt wie üblich im Plenum tauschten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in „heterogenen“ Tischgruppen aus, individualisierte und intensive Gespräche waren dadurch möglich.

Mit einem kleinen Buchgeschenk und verdienten Beifall wurden die Moderatoren bedacht, der Dank galt ebenso dem vorbereitenden AK KMK, allen voran Ingrid Wenzler und Rainald Könings.

Den offiziellen Abschluss der Tagung und gleichzeitig den Auftakt zur GGG-Mitgliederversammlung bildete der Vortrag des 2. Vorsitzenden des Grundschulverbandes, Ulrich Hecker. Die Fülle und das Niveau dessen, was Grundschul Kinder machen und machen können, beeindruckte und zeigte, das sich die weiterführenden Schulen nach wie vor orientieren können an dem, was viele Grundschule schon machen: Kinder das Subjekt ihres Lernprozesses werden und sein zu lassen.

Der Auftritt Ulrich Heckers war gleichzeitig eine gelungene Demonstration des bestens funktionierenden Bündnisses von GGG und GSV.

Geht es nach den Wünschen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, ist dies mit Sicherheit nicht die letzte Tagung, die die GGG zu dieser Thematik veranstaltet hat. „Das Klima der Motivation und die Begeisterung, eingefahrene und ermüdete Strukturen zu verändern, macht Mut, Dinge auf ungewöhnliche Weise anzupacken“, so eine Rückmeldung, die in den mehrfach geäußerten Wunsch mündete, die „Erfahrungen der ModeratorInnen und der Teilnehmer aus den Workshops aufzugreifen und eine zweite Tagung anzubieten“. ♦



Freude über das positive Feedback: Tagungsleiterin Ingrid Wenzler

Die GGG öffnet sich zum „Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens“

Mitgliederversammlung beschließt Satzungsänderung und Grundsatzposition

(*elh*) Nach intensiver und gründlicher Diskussion beschloss die Mitgliederversammlung der GGG am 15.11.2008 in Herford die untenstehende Grundsatzposition und die damit einhergehende Satzungsänderung. Bei nur einer Enthaltung wurde die nötige 3/4-Mehrheit deutlich übertroffen und die Geschlossenheit des Verbandes eindrucksvoll bestätigt. Damit ist ein zweijähriger Diskussionsprozess erfolgreich abgeschlossen worden.

Die GGG – Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule trägt ab sofort den Zusatz

„Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.“ und öffnet sich damit über ihren bisherigen Hauptfokus, die Gesamtschule, hinaus allen Schulen und Initiativen, die sich auf den Weg zu einer Schule für alle gemacht haben und machen und wollen.

Unter der souveränen und kompetenten Leitung von Gerhard Lein (LV Hamburg) waren zuvor die Rechenschaftsberichte des Vorstands entgegengenommen und zustimmend diskutiert worden.

Stiftung in der GGG

Zum Ende der MV informierten Anne und Armin Ratzki über den Stand der Gründung der „Gesamtschulstiftung“. Die Stiftung soll eng mit der GGG verzahnt werden und trägt deshalb den Zusatz „Stiftung in der GGG“. Zweck der Stiftung ist „die Durchsetzung einer gemeinsamen Schule für alle Schülerinnen und Schüler, speziell die Förderung der Errichtung und Weiterentwicklung von Gesamtschulen.“ Die formelle Stiftungsgründung soll im Januar erfolgen.

Grundsatzposition (beschlossen am 15. November 2008 in Herford)

Die GGG setzt sich dafür ein, dass Menschen- und Kinderrechte insbesondere auf Bildung für jedes Kind und jede(n) Jugendliche(n) eingelöst werden.

Die GGG setzt sich dafür ein, dass jedes Kind und jede(r) Jugendliche gleiche Bildungschancen und insbesondere ungehinderten Zugang zu jeder Form schulischer Bildung hat.

Die GGG setzt sich dafür ein, dass jedes Kind und jede(r) Jugendliche in der Schule die Anerkennung und Förderung erhält, die das Erreichen eines bestmöglichen Bildungsstandes gewährleistet, der die Anschlussfähigkeit für die weiterführenden Bildungsgänge sicherstellt. Das schließt das Erreichen eines bestmöglichen Schulabschlusses ein.

Die GGG setzt sich dafür ein, dass alle Kinder und Jugendlichen eine gemeinsame Schule – die Schule für alle – bis zum Ende ihrer Schulpflicht besuchen. Sie setzt sich insbesondere dafür ein, dass das selektiv gegliederte Schulsystem auch in Deutschland überwunden wird.

Die angestrebte Schule für alle orientiert sich an folgenden Merkmalen:

- Alle Kinder und Jugendliche sind willkommen, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Weltanschauung, ihrem Geschlecht, ihren Fähigkeiten und Potenzialen. Jede(r) erfährt Respekt, niemand wird beschämt oder ausgesondert.
- Alle an der Schule Beteiligten gestalten sie als Lern- und Lebensort aktiv und verantwortlich. Die Schule nutzt ihre Ressourcen autonom.
- Die Schülerinnen und Schüler gestalten ihren Lernprozess eigenverantwortlich. Jede Schule trägt die Verantwortung, jede Schülerin und jeden Schüler dazu zu befähigen.
- Heterogene Lerngruppen sind der Normalfall. Alle Kinder und Jugendlichen einschließlich derer mit Beeinträchtigungen, Behinderungen oder mit besonderen Potenzialen lernen gemeinsam. Es wird nicht erwartet, dass alle in gleicher Zeit das Gleiche lernen.

- Schülerinnen und Schüler werden als Subjekte ihrer Lernprozesse gesehen, nicht als Objekte des Unterrichts. Die Individualität ihres Lernprozesses wird respektiert, individuelle Interessen und Fähigkeiten werden gefördert. Die Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler zum selbst organisierten individuellen und gemeinsamen Lernen werden gestärkt.
- In und mit der Schule arbeiten Menschen unterschiedlicher Professionen und Kulturen zusammen. Sie stellen das erfolgreiche Lernen aller ihrer Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. Die Schule arbeitet als lernende Organisation. Dies erfordert Teamarbeit, ständige Fortbildung und Qualitätsentwicklung.
- Die Schule ist Ganztagschule. Der Tagesablauf wird den Lebens- und Lernbedürfnissen der Schülerinnen und Schüler entsprechend rhythmisiert. Selbst bestimmtes Lernen und demokratisches Schulleben erhalten Zeit und Raum.
- Die Schule öffnet sich. Sie beteiligt Experten von außen und übernimmt Aufgaben im sozialen Umfeld der Schule.

Die GGG unterstützt alle Bemühungen und Schritte, die Schule für alle zu befördern, neue derartige Schulen einzurichten und ihre Zusammenarbeit zu fördern. Sie unterstützt bestehende Schulen des gegliederten Systems bei ihrer Umwandlung.

Die GGG will insbesondere

- die öffentliche Diskussion um die Schule für alle fördern und versachlichen,
- die an Schule Beteiligten mit Fragen der Schule für alle vertraut machen und so zur Bildung von Lehrkräften und anderen pädagogisch Tätigen beitragen,
- Gesetzgebern, Kultusverwaltungen, Schulträgern und Initiativen Vorschläge machen und Hilfe bei der Gründung und Organisation von Schulen für alle bieten,
- die Forschung und Lehre in allen Fragen anregen, die die Schule für alle betreffen.

Schülerdemos für bessere Bildung

(kk) – Unter dem Motto „Wir haben diese Schule satt“ haben allein in Bremen (unsere Fotos) über 7000 SchülerInnen am 12.11.2008, dem Tag der bundesweiten Schülerdemonstrationen, für ein besseres Bildungswesen demonstriert. Im Aufruf zur Demo wenden sich die Schüler gegen Selektion in gute und schlechte Schüler und propagieren die „Eine Schule für alle“. In über 40 Städten fanden die Schülerproteste statt, bundesweit waren 80.000 SchülerInnen auf den Beinen.



Thema

Auf der Suche nach dem individuellen Profil

Profil der Schule oder der Schüler/innen?

von Ursula Helmke

Von Beginn an gehört zur pädagogisch-inhaltlichen Zielbeschreibung der Integrierten Gesamtschule der Auftrag, individuelle Lern- und Leistungsprofile der Schülerinnen und Schüler sich entwickeln zu lassen und zu fördern. Dahinter steckt die programmatische Absicht, der Vielfalt der Menschen mit ihren unterschiedlichen Talenten, Neigungen und Vorprägungen gerecht zu werden, sie aufzunehmen und bestmöglich zur Entfaltung zu bringen. Schulkonzepte, Entwicklungsprogramme und entsprechende Organisationsstrukturen geben darüber Auskunft, wie diese Intention in der Theorie und Praxis einer jeden Schule verwirklicht werden soll. In fast allen Bundesländern ist mittlerweile den Schulen aufgegeben, im Zuge der Qualitätsentwicklung diesen Aspekt schulischer Bildung explizit auszuweisen – ein

wichtiger Beitrag zur Verbesserung schulischer Qualität und eine gute Möglichkeit für Eltern, sich bei der Suche nach der am besten geeigneten Schule für ihr Kind daran zu orientieren.

Wohlmerkt ist hier von *individuellen Lernprofilen* der Schülerinnen und Schüler die Rede. Es geht *nicht* um bestimmte *Profile von Schulen*, z.B. mit erweitertem Sportangebot oder konfessionell betonten Inhalten, denen sich die meisten der sie besuchenden Schülerinnen und Schüler eingliedern sollen, bzw. um Schultypen mit für alle festgelegtem Inhaltsprogramm, etwa einem altsprachlichen Gymnasium, an dem Kinder in jungen Jahren und mit der Hoffnung angemeldet werden, sie könnten dem Schultypus später in ihrer Leistung und Neigung auch entsprechen. Befürworter der bildungspolitischen Forderung nach „Schulvielfalt“ meinen in

der Regel diese Art des ausdifferenzierten Angebots an unterschiedlichen Schultypen, in denen sich Schülerinnen und Schüler gleicher Neigung oder/ und gleichen sozialen Hintergrunds versammeln. Ihre Population grenzt sich damit gegen diejenigen Eltern ab, die eine individuelle Lern- oder Leistungsprofilierung ihrer Kinder wünschen und sie in Ruhe von deren Entwicklung abhängig machen wollen oder aber soziale Exklusivität grundsätzlich ablehnen.

Das Offenhalten der Schullaufbahn ermöglicht Entwicklung.

Informierte Eltern wissen, dass die Entwicklungsmöglichkeiten ihres Kindes sich in Prozessen entfalten, die von äußeren Anregungen abhängig, zum Teil aber auch unabhängig ablaufen. Wichtig ist in jedem Fall eine reiche Palette von Angeboten, aus denen die Heranwachsenden Impulse auswählen können und in denen die allgemeine Neugier oder bereits spezifische Interessen Nahrung finden können und jegliches Lernpotenzial gefördert wird. Es ist ein Markenzeichen der Integrierten Gesamtschule, den Bildungsweg der Schülerinnen und Schüler möglichst lange

offen zu halten, denn nur so können alle progressiven Entwicklungen und fördernden Impulse zum Tragen kommen. Schulen und Lehrpersonen wie auch Eltern sollten sich hüten, lediglich einengend und umfangreich festgelegte Inhalte auf eindimensionalen Lernwegen vorzusehen, wie es unter dem Regime herkömmlicher Lehrpläne und Schultypen bisher allzu oft geschah. Die Lehr- und Lernforschung hat längst überzeugend nachgewiesen, dass effektives weil motiviertes Lernen sich in der Freiheit der Wahl von Inhalt und Methode am ehesten vollzieht.

Auf die Schullaufbahn bezogen bedeutet diese Erkenntnis, dass jeweils ein auf die Entwicklungsphasen bezogenes vielfältiges Repertoire an Freiheiten und Angeboten definiert werden muss, um den Schülerinnen und Schülern motiviertes Arbeiten in selbstgestalteten Arbeitsprozessen zu ermöglichen. Viele Grundschulen zeigen es bereits, wie Schulkinder von Anfang an damit vertraut gemacht werden, aus einem Lernangebot zu wählen: Sie stellen verschiedenes Material zum Erkunden verschiedener Lernwege bereit, geben eine vorgesehene Lernzeit frei zur persönlichen Gliederung und Nutzung (Wochenarbeitspläne z.B.), regen zu individuell gestalteten Lernnachweisen an (Portfolio z.B.), öffnen Schulbücherei, Experimentieräume und Werkräume zum freien Arbeiten. Natürlich geschieht dies zunächst unter intensiver Hilfestellung und fördernden Hinweisen der Lehrpersonen, auch der sinnvolle Umgang mit Freiheit kann und muss ja eingeübt werden. Aber im Hintergrund stehen als Ziel die zunehmende Motivation und Kompetenz zur Eigengestaltung des Lernens und das Bewusstsein für die eigene Verantwortung beim Lernen für sich selbst und in der Gruppe. Dieser Weg lässt jedoch keineswegs die für alle verbindlichen Inhalte und Ziele eines Pflicht-/Kerncurriculums an schulischem Lernen aus dem Blick, aber er gruppiert sie evtl. neu und nimmt die Kinder als Subjekte ihres Lernens ernst.

Entwicklungsstufen verlangen gestufte Angebote

Die oben für die Grundschule skizzierten Elemente auf dem Weg zum individuali-

sierten Lernen begleiten die Schülerinnen und Schüler auf dem weiteren Bildungsweg, müssen entsprechend ihrem Beginn in den ersten Jahren gepflegt und ausgebaut werden. Dabei erhalten die schulischen Stufen der Doppeljahrgänge 5/6, 7/8, 9/10 eine jeweils spezifische Prägung.

In der Regel ist der 5. Jahrgang durch den Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule als größeres System gekennzeichnet, mit neuen Fächerstrukturen, mehreren Bezugspersonen und weiteren Mitschülern und –schülerinnen. Deshalb wird mancherorts durch konzentrierte *Lernepochen* zunächst der Beziehungsarbeit Aufmerksamkeit geschenkt, indem den neuen Personen und Inhalten jeweils eine Intensivphase gegenseitigen Kennenlernens eingeräumt wird. Hier ist Gelegenheit, in „reizreduzierter Zone“ neue Methoden des Lernens und Lehrens zu erproben, unterschiedliche Motivation und Eigeninitiative wahrzunehmen und die Verantwortungsübernahme durch die Lernenden einzuleiten. Wenn Schulen über den Halbtagsbetrieb hinausgehen, bestehen weitere Möglichkeiten, in freien Arbeitsgemeinschaften persönliche Vorlieben zu entwickeln und auszubauen oder Neues kennen zu lernen. Neben und im traditionellen Fächerkanon werden kreative, soziale, gestalterische und organisatorische Fähigkeiten herausgefordert und entwickelt.

Ab Jahrgang 7 wählen die Schülerinnen und Schüler in den Gesamtschulen aus einem differenzierten *Wahlpflichtbereich* ihren persönlichen Schwerpunkt, der mit einem Umfang von 4 bis 6 Wochenstunden Hauptfachcharakter hat und die individuelle Profilierung des Bildungsweges markiert. Gründliche Beratung für die Kinder und ihre Eltern durch begleitende Lehrkräfte ist wichtig, denn das Ziel für den Schulabschluss und sein gewünschtes Inhaltsprofil – ob z.B. eher fremdsprachlich, gestaltend-kreativ, praktisch-theoretisch arbeitend oder naturwissenschaftlich-technisch betont - sind oft noch nicht klar, Leistungsbereitschaft und Neigungsschwerpunkte noch unsicher. Zum Glück ist diese erste Wahl nach einem halben oder ganzen Jahr korrigierbar, evtl. auch

noch später - weit weniger problematisch als ein durch zu frühe Festlegung des Bildungsgangs etwa notwendiger Wechsel der Schule. Die sukzessiv erfolgende Aufhebung der ehemals rigiden KMK-Vorschriften zur Fachleistungsdifferenzierung in Gesamtschulen eröffnet weiteren Spielraum für die organisch zunehmende Profilierung von Bildungswegen, indem auch das individuell angemessene Anspruchsniveau in den Kernfächern flexibel gehandhabt und vor allem in der festen sozialen Lerngruppe wahrgenommen werden kann. Von den Lehrkräften wird allerdings erwartet, dass sie die anspruchsvolle Kompetenz des differenzierten Förderns und Ermutigens vervollkommen und ihre Schülerinnen und Schüler zu deren optimalen Lernergebnissen unterstützend begleiten.

Beim Übergang in die Stufe 9./ 10. sind erneut eine intensive Beratung von Schülerinnen und Schülern sowie den Eltern angesagt, denn es gilt, den bisherigen Lernweg mit Stärken, Schwächen und Neigungen zu bilanzieren, um den individuell höchsten zu erreichenden Schulabschluss zu definieren und die Weichen für die weitere Ausbildung ins Auge zu fassen. Ob das Abitur und ein Studium angestrebt werden oder eher eine berufliche Bildung anschließen wird, entscheidet sich auf der Grundlage der gesamten Lern- und Persönlichkeitsentwicklung, und möglichst lange bleiben alle Entwicklungen denkbar.

Die Fritz-Karsen-Schule als Beispiel

Das in diesem Heft ausgeführte Schulporträt der Fritz-Karsen-Schule in Berlin stellt beispielhaft dar, wie das Prinzip der Individualisierung von Schullaufbahnen organisiert werden kann. Die detaillierte Schilderung fordert dazu heraus, in der eigenen Schule nach den optimalen Möglichkeiten der Umsetzung zu suchen. Das leitende Prinzip sollte sein, allen Schülerinnen und Schülern des eigenen Einzugsbereichs die bestmöglichen Chancen für die Entfaltung all ihrer Potenziale zu bieten, durch Fördern, Herausfordern, Anregen und Beteiligen. ♦



Organisationskizze Fritz-Karsen-Schule Berlin-Neukölln

von Lothar Sack und Robert Giese

Beschreibung der Schule

Adresse: Fritz-Karsen-Schule, Onkel-Bräsig-Str. 76/78, 12359 Berlin,
e-Post: Berlin.08T01@t-online.de
oder fks@Fritz-Karsen.de
web: www.Fritz-Karsen.de

Ansprechpartner:

Robert Giese (Schulleiter),
Ulrich Meuel (stellv. Schulleiter)

Art: Staatliche Schule, Gesamtschule mit Grundstufe und gymnasialer Oberstufe. Die Schule nimmt an der Pilotphase Gemeinschaftsschule teil.

Lage: Die Schule liegt im Ortsteil Britz des Bezirks Neukölln in einem nord-südlichen Grünzug. Zum Schuleinzugsbereich gehört die Hufeisen-Siedlung (Architekt Bruno Taut) und der alte Dorfkern von Britz. In Britz befinden sich außer der FKS viele auch konkurrierende Schulen, insgesamt gehen hier ca. 5000 Schüler zur Schule. Die Schule hat drei Standorte: Onkel-Bräsig-Str. und zwei Filialen Fulhamer Allee 30 und Backbergstr. 37, die etwa 200m bzw. 400m entfernt liegen. Der Standort Backberg-

str. ist die alte Britzer Dorfschule (1880), Standort Fulhamer Allee wurde als Kindertagesstätte 1985 fertiggestellt und gehört seit 2005 zur Fritz-Karsen-Schule. In den beiden Filialen residieren die Jahrgänge 1 bis 3. Die Jahrgänge 4 bis 13 sind in verschiedenen Gebäuden am Hauptstandort.

Größe: Anzahl Schüler/innen ca. 1250, Grundstufe (Jg. 1-6, 3-zügig) ca. 450, Mittelsufe (Jg. 7-10, 6-zügig) ca. 600, Oberstufe (Jg. 11-13) ca. 200; Anzahl Personal: ca. 100 Lehrer/innen, ca. 20 Sozialpädagogen/innen/Erzieher/innen, zahlreiche Honorarkräfte als AG-Leiter, 2 Sekretärinnen, 2 Hausmeister, zahlreiche Helfer.

Geschichte: Die Schule wurde 1948 als Einheitsschule nach dem damaligen Berliner Schulgesetz gegründet und hat sowohl ihre Grundstruktur als auch ihre Grundphilosophie seit dieser Zeit beibehalten. Damit ist sie älteste staatliche Gesamtschule in Deutschland.

Schülerschaft: Die Schule hat eine für das Umfeld fast bevölkerungsrepräsentative Schülerschaft. Der Anteil von Schülern nicht deutscher Herkunftssprache liegt bei knapp 20%.

Leitideen

Die Schule verfolgt u.a. folgende Leitideen:

- Jeder ist wertvoll, erfährt Anerkennung und wird respektiert. Verschiedenheit ist Vielfalt.
- Jeder hat das Recht, seine Fähigkeiten und Interessen optimal zu entwickeln.
- Lernen muss freudvoll und als befriedigend erfahren werden.
- Wissen und Fähigkeiten müssen zukunftsfähig sein.
- Das Zusammenleben erfordert demokratische Gestaltungs- und Kooperationsfähigkeit. Sich widersprechende Interessen werden demokratisch und friedfertig ausgehandelt.
- Jeder verantwortet die Folgen seines Tuns.
- Die Schule versteht sich als Bestandteil des sozialen Lebens im Ortsteil Britz.

Bausteine

Alle Jahrgänge in einer Schule: In der Schule befinden sich alle Jahrgänge der allgemeinbildenden Schule vom Jahrgang 1 der Grundstufe bis zum Jahrgang 13 der gymnasialen Oberstufe mit gemeinsamem Pädagogenkollegium und gemeinsamer Schulleitung.

Kleinere, möglichst selbstständige Einheiten, Teamstruktur: Die Schule ist in

kleinere Einheiten gegliedert; sie agieren möglichst selbständig und selbstverantwortlich unter Beachtung der Prinzipien für die ganze Schule. Die Schulstufen untergliedern sich wiederum in Teams (Altersstufen bzw. Jahrgänge) mit etwa 150 bis 230 Schülern. Sie sind in zusammenhängenden Räumen untergebracht und verfügen über einen Raum für das Pädagogen-Team. Zum Team gehören die Stammgruppen-/Klassenlehrer und zugeordneten Sozialpädagogen/Erzieher; es wird von einem Mitglied koordiniert (Teamkoordinator/in); die Koordinatoren treffen sich wöchentlich im Rahmen der erweiterten Schulleitung. Die Pädagogen des Teams treffen sich in regelmäßigen Abständen, um sich pädagogisch, fachlich und organisatorisch abzusprechen.



Selbstständige Arbeit in der Grundstufe. Konzentriertes Lernen ...

Konstante Lerngruppen: Die Stammgruppe/Klasse (ca. 25 Schüler) bildet den engeren sozialen Bezugsrahmen für die Schüler. Hier finden alle Aktivitäten der Schüler statt, deren Zielsetzung nicht einen anderen Rahmen erfordert.

„6 aus 5“: Der 7. Jahrgang hat 144 Schüler (es werden etwas mehr als 70 neu aufgenommen). Das entspricht etwa 5 „normalfrequenten“ Klassen (mit je 29 Schülern). In der Vergangenheit wurden die der Schule zustehenden Teilungstunden genutzt, um 6 Klassen mit je 24 Schülern zu bilden. Mit dem Einstieg in die Pilotphase ist die Klassenstärke in der Grundstufe 25 und in der Mittelstufe 24 Schüler.

Stammgruppen-/Klassenlehrer: Jeder Stammgruppe/Klasse ist mit möglichst vielen Stunden der/die Stammgruppen-/Klassenlehrer/in zugeordnet. In der Grundstufe tritt ein/e Erzieher/in als zweite Bezugsperson der Stammgruppe hinzu. Ab Klasse 7 gibt es eine/n zweite/n (gleichberechtigte/n) Klassenlehrer für jede Klasse. Die beiden Bezugspersonen sind möglichst ein Mann und eine Frau.

teamorientierter Lehrereinsatz: Zunächst wird festgelegt, welche Stunden die Stammgruppen-/Klassenlehrer in ihrer

jeweiligen Stammgruppe/Klasse übernehmen (auch fachfremd). Die noch nicht abgedeckten Stunden werden vorzugsweise an andere Pädagogen des Teams vergeben. Wenn dann noch Stunden unbesetzt sind, werden Lehrer „importiert“. So hat jede/r Pädagoge/e/in einen Arbeitsschwerpunkt in seinem Team. Fast jede/r Lehrer/in der Schule (bis auf wenige Fachlehrer) ist Stammgruppen-/ Klassenlehrer/in (oder Tutor/in in der Oberstufe).

geringe Lehrerwechsel / Verzahnung: Es werden möglichst wenig Lehrerwechsel vorgenommen. Klassenlehrerwechsel werden vorbereitet, indem der künftige Klassenlehrer bereits vorher Fachunterricht übernimmt.

Ganztage: Der Ganztage umfasst montags bis freitags die Zeit von 7.30 Uhr bis 16.00 Uhr. Die für Schüler der Grund- und Mittelstufe verpflichtende Anwesenheitszeit beginnt um 8.00 Uhr und endet an vier Wochentagen um 16.00 Uhr. Ein Nachmittag ist frei von Pflichtveranstaltungen, es gibt aber freiwillige Angebote. Die Zeit von 7.30 Uhr bis 8.00 Uhr ist der offene Anfang; die Schüler können sich in ihren Stammräumen aufhalten und sich auf den Tag vorbereiten. Diese Zeit ist beaufsichtigt.

Rhythmisierung, Mittagsband: Während der Anwesenheitszeit der Schüler in der Schule wechseln sich Phasen der Anspannung und Entspannung, angeleitetes Lernen (Unterricht) und freies Lernen ab. Das Mittagsband mit einem Zeitraum von ca. 75 min. ist bis auf das Mittagessen frei von verpflichtenden Veranstaltungen für alle Teile der Schule. Neben dem Mittagessen haben im Mittagsband Aktivitäten Platz, die die verschiedenen Teile der Schule zusammenführen (altersstufenübergreifende Arbeitsgemeinschaften; Aktivitäten, die von älteren Schülern für jüngere Angeboten werden, Aktivitäten der Schülervertretung, ...), individuelle Beschäftigung und Erholung.

Mittagessen: Es ist über die Nahrungsaufnahme hinaus Bestandteil der Gesundheitserziehung und ein soziales Ereignis. Die Teilnahme am Mittagessen ist für alle Grundstufenschüler verpflichtend. Die Schüler einer Stammgruppe essen gemeinsam.

Ergänzende Betreuungsangebote in den Jahrgängen 1 bis 4: Für Kinder bis zum Jahrgang 4 wird eine tägliche Frühbetreuung (ab 6.00 Uhr), eine tägliche Spätbetreuung (bis 18.00 Uhr) und eine

Ferienbetreuung angeboten. Die Angebote sind kostenpflichtig.

Heterogenität, Altersmischung, Differenzierung: Die FKS ist an einer für das Schulumfeld möglichst bevölkerungsrepräsentativen Zusammensetzung der Schülerschaft interessiert, wobei gut funktionierende soziale Verknüpfungen für die Bildung von Stammgruppen und Klassen beibehalten und weiter entwickelt werden. Stammgruppen/Klassen werden als verkleinertes Abbild der (heterogenen) Gesellschaft gesehen. Deshalb wird bei Klassenneubildungen bewusst auf Heterogenität geachtet. Klassenzusammensetzungen etwa nach gleicher Oberschulempfehlung oder dem Wahlpflichtfach gibt es nicht. Beginnend mit dem Einschulungsjahrgang 2005 wird das jahrgangsübergreifende Lernen schrittweise aufgebaut. Dies geschieht in zunächst zwei Altersstufen: Jahrgänge 1 bis 3 und 4 bis 6. Jede Stammgruppe besteht aus etwa einem Drittel Schüler eines Jahrgangs. Jede Altersstufe kann – je nach personaler und sozialer Entwicklung, Lernerfolg und Lerntempo – in zwei bis vier Jahren durchlaufen werden. Mit der Etablierung des jahrgangsübergreifenden Lernens werden Noten und Notenzeugnisse durch andere Beurteilungsformen ersetzt.

Mit jedem für den 7. Jahrgang angemeldeten Kind und seinen begleitenden Eltern führen die im künftigen Klassenlehrer/innen sowie Schulleitungsmitglieder ein ca. 20-minütiges Gespräch. Neben Motivationslage, Interessen und besonderen Fähigkeiten der Kinder werden Besonderheiten der FKS thematisiert und die Belegung für den Kursbereich beraten und festgelegt. Für die etwas über 70 Schülerplätze gibt es regelmäßig etwa 200 Bewerbungen.

Die äußere Leistungsdifferenzierung war auf Grund einer KMK-Ausnahmeregelung bisher auf die Fächer Mathematik und Englisch ab Jahrgang 7 beschränkt. Mit dem Einstieg in die Pilotphase Gemeinschaftsschule wird ab 2008 schrittweise auf die äußere Leistungsdifferenzierung ganz verzichtet.

Kein Sitzenbleiben: Die Praxis, bis Jahrgang 7 auf das Sitzenlassen zu verzichten, wird mit dem Einstieg in die Pilotphase Gemeinschaftsschule ab 2008 schrittweise ausgebaut.

Selbständiges Lernen: In der Grundstufe der FKS sind Wochenplan- und Freiarbeit etablierte Unterrichtsverfahren. In der Mittelstufe entwickelt sich das Freie Lernen mit dem schrittweisen Aufbau des Ganz-

tagsbetriebs zu einem festen Rahmen für das selbstständige Lernen. Hierfür werden u.a. die SAS-Stunden (Schularbeitsstunden) genutzt. Das freie Lernen wird möglichst in einer Altersstufe (bzw. einem Jahrgang oder Halbjahrgang) gleichzeitig organisiert. Das freie Lernen wird von den Stammgruppen- oder Klassenlehrern sowie den zugeordneten pädagogischen Mitarbeitern betreut. Eine breite Mehrheit der Lehrerinnen und Lehrer praktiziert Methoden der „pädagogischen Schulentwicklung“ (nach Heinz Klippert) auch im Fachunterricht. In den oberen Jahrgängen insbesondere der Oberstufe finden viele Lerneinheiten als selbst organisiertes Lernen (SOL) statt.

In vielen Bereichen der Schule übernehmen Schüler/innen Aufgaben, weitestgehend selbstorganisiert: Bibliotheks- und Mediotheksverwaltung, Schülerfirma Fritzes Schreibwarenladen (im Rahmen des Kursbereichs der Jahrgänge 9 und 10), Schularbeitszirkel, Arbeitsgemeinschaften im Mittagsband.

Lernen in Sinnzusammenhängen: In der Grundstufe ist ganzheitliches Lernen Standard. Um Zusammenhänge und Verankerungen herzustellen, werden fachübergreifendes und fächerverbindendes Lernen vorwiegend im naturwissenschaftlichen, gesellschaftkundlichen Unterricht und im Kursbereich erprobt und etabliert, z.B. naturwissenschaftlicher Unterricht in den Jahrgängen 7/8. Darüber hinaus geben die Vorbereitungen auf die Präsentationsprüfung im mittleren Schulabschluss und die 5. Prüfungskomponente im Abitur zusätzliche Gelegenheit zum Sinn stiftenden Lernen.

Kursbereich: Er dient

1. der Sicherung von Basis-Qualifikationen und -Kompetenzen für diejenigen Schüler, für die das Lernen im Kernbereich noch nicht die notwendigen Ergebnisse erbracht hat. Die Teilnahme an fördernden Kursen ist verpflichtend (Basiskurse), Wahlmöglichkeiten sind entsprechend eingeschränkt.
2. für die Schüler/innen, die über Basis-Qualifikationen und -Kompetenzen ver-



... und entspannende Bewegung: Rhythmisierung des Tages

fügen, dem Finden und Erproben eigener Interessen und der Profilbildung (Interessenkurse).

Bei den jüngeren Schülern überwiegt das Erproben eigener Interessen. Dazu dient ein umfangreiches Angebot mit vielfältigen Wahl- und Wechselmöglichkeiten. Mit zunehmendem Alter tritt die individuelle Profilbildung stärker in den Vordergrund. Entsprechend erfolgt die Wahl mit größerer Verbindlichkeit und längerfristiger Bindung. Alle Kurse sollen fächerverbindendes und selbständiges Lernen ermöglichen.

In den Jahrgängen 5 und 6 wählen die Schüler aus ca. 12 Angeboten einen 2-stündigen Kurs in der Regel für ein halbes Jahr.

In den Jahrgängen 7 und 8 umfasst der Kursbereich insgesamt 8 Wochenstunden. Es können Kombinationen von 2- und 4-stündigen Kursen belegt werden. Es werden angeboten (Wostd. in Klammern): Basiskurse in DE(2), Deutsch als Zweitsprache(4), EN(2), MA(2),

Interessenkurse

- als Ergänzung und Vertiefung des Kernbereichs in DE(2), EN(2), KU(2,4), MU(2,4), GK(2), MA(2), NW(4),
- in neuen Fachgebieten in Fremdsprachen(FR(4), SP(4)), Darstellendes Spiel(2,4), Arbeitslehre(2,4), Informatik(2).

Die Wahl der Schüler entscheidet über das Zustandekommen von Kursen. Kurse, die ein im Kern erteiltes Fach verstärken, werden auf dem Zeugnis zusammen mit dem Kernfach beurteilt. Die Kurse können jahrgangsübergreifend sein.

In den Jahrgängen 9 und 10 umfasst der Kursbereich sechs Wochenstunden. Die Schüler/innen wählen 2 je 3-stündige Kurse für 2 Jahre. Ein Kurswechsel ist in der Regel nicht vorgesehen. Die Ergebnisse dieser Kurse sind abschlussrelevant. Das Fächerspektrum des Kursangebots entspricht etwa dem der Jahrgänge 7/8.

Aktivitätswochen: Es gibt vier „Aktivitätswochen“ (Ende September, Ende Januar, im Mai und vor der großen Ferien); möglichst alle den Standardablauf durchbrechenden Vorhaben werden unter Einbeziehung dieser Zeiten durchgeführt (Projekte, Trainings, Klassenfahrten, Praktika, ...).

Schülerfahrten / Schüleraustausch: Es finden regelmäßig ca. in jedem zweiten Jahrgang Schülerfahrten statt. Sie haben bis auf die Fahrten in der Oberstufe keinen systematischen inhaltlichen Zusammenhang mit den sonstigen Unterricht.

Projekte, Praktika: Für alle Schüler: Zirkusprojekt Cabuwazi (Jg. 4/5), Schulrallye (Jg. 7), Cafeteriapraktikum (Jg. 8) sowie Betriebspraktikum und Betriebserkundung (Jg. 9).

Feiern und Feste: Etablierte Feste und Feiern sind: Einschulungsfeiern für die Anfänger und im Jahrgang 7, Sommerfest, Nikolauskonzert, Frühlingskonzert, regelmäßige Theateraufführungen, Sport- und Spielefest (Grundstufe), Bundesjugendspiele (Jg. 7 bis 11), Schulentlassungsfeiern, viele davon von den Schülern organisiert. Daneben gibt es fallweise Festakte (Jubiläen) und weitere Veranstaltungen (z.B. Diskussionen mit Politikern, Antifaschismus-Projekt).

Wettbewerbe: Eine größere Anzahl von Schülern nimmt regelmäßig teil: Vorlesewettbewerb (Jg. 6), Känguru-Mathematikolympiade (ab Jg. 3), Bundeswettbewerb Fremdsprachen.

Beratung: Folgende Beratungselemente sind etabliert: Kollegiale Fallberatung (überwiegend in der Grundstufe),

Schullaufbahnberatung, Berufsberatung, auch präventive Zusammenarbeit mit Jugendhilfe und Polizei.

Lokale Verankerung: Die Grundidee, dass Schule sozialer Ort des Einzugsbereiches (der Kiezes) sein kann und soll, hat in der FKS viele Anknüpfungspunkte und wird z.B. durch eine Zusammenarbeit mit den Förderern der Hufeisensiedlung ausgebaut.

Kommentar

Der Schule gelingt es, deutlich mehr Schüler zu einem höherwertigen Abschluss zu führen, als es der Empfehlung durch die Grundschule entspricht. Die Schule praktiziert ein vielfältiges Programm. Das bedeutet aber auch, dass es gleichzeitig mehrere „Baustellen“ gibt. Bei ausschließlich statischer Betrachtung kann dadurch ein widersprüchlicher Eindruck entstehen, wenn sich Teile der Schule in unterschiedlichen Entwicklungsphasen befinden. Es gibt Entwicklungsbedarf bei der Einordnung vieler Aktivitäten in ein überzeugendes, vernetztes, bewusst und einheitlich praktiziertes Konzept, bei der Weiterentwicklung des kompetenzorientierten individuellen und selbständigen Lernens und daran orientierter Beurteilungskonzepte, bei der Evaluationskultur sowie bei der Öffnung der Schule.

Quellen

Lothar Sack arbeitete an der Fritz-Karsen-Schule von 1969 bis 2006, davon die letzten 14 Jahre als Schulleiter. Robert Giese ist seit 2006 Schulleiter der Schule. Ausführlicher informiert die Website www.Fritz-Karsen.de und das Schulprogramm. ♦





Elternarbeit an der Willy-Brandt-Gesamtschule in München

Besonderer Schwerpunkt: Migrantenarbeit

von Andrea Östreicher und Thomas Siegel

Die Statistik zeigt fast überall: Migranteneltern beteiligen sich deutlich weniger am schulischen Leben als Eltern deutscher Kinder. Dass dies jedoch kein Naturgesetz ist, beweisen die Erfolge der Elternarbeit mit Migranten an der Willy-Brandt-Gesamtschule (WBG) in München.

Auch an der WBG gelang es zunächst nur sehr zögerlich, Migranteneltern am Schulalltag zu beteiligen, bis vor neun Jahren eine Katastrophe im Ursprungsland der größten Migrantengruppe ungeahnte Potentiale zum Vorschein brachte.

Als nach dem großen Erdbeben in der Türkei Ende 1999 ein Schüleraustausch von uns durchgeführt wurde, zeigten sich bei dem Gegenbesuch der türkischen Kinder aus einer Schule in Düzce die Migranteneltern äußerst engagiert. Sie organisierten ein interessantes Besuchsprogramm und unterstützten die Schule in jeder Hinsicht außerordentlich.

Durch den Besuch entstand ein Netzwerk zwischen Schule und zunächst türkischen Migranteneltern, das sich als sehr effektiv und tragfähig erweist und bald auf Migranten verschiedener Herkunftsländer ausgedehnt werden konnte.

Da die WBG die positiven Auswirkungen auf das allgemeine Schulklima zu schätzen lernte, und durch die PISA-Studie klar geworden war, welch hohen Stellenwert die außerschulische Bildung für die schulische Laufbahn von Jugendlichen hat, beschloss die Schulleitung, die Elternarbeit mit Migranteneltern zu intensivieren, denn nur durch ein aktives Interesse des Elternhauses können Jugendliche zu ergänzenden Bildungsangeboten geführt werden.

So gab es ab dem Jahr 2000 eine Vielzahl von Veranstaltungen, die die Migranteneltern zu einer aktiven Teilnahme am

schulischen Leben ermuntern sollten. Auch wenn es teilweise muttersprachliche Veranstaltungen gab, war doch immer das Ziel alle Eltern der Schule zu erreichen und sie als wichtige Mitglieder der Schulgemeinschaft anzusprechen und einzubeziehen.

- Der Freundeskreis der Willy-Brandt-Gesamtschule organisierte einen Sprachkurs für türkische Mütter
- Am pädagogischen Tag des Kollegiums und bei einem Seminar im INKOM konnten sich die Lehrer über die spezifische Situation von Migranteneltern und die daraus folgenden Besonderheiten in der Elternarbeit informieren.
- Anlässlich des Projekts: „Mit den Augen eines Kindes“, Ausstellung von Fotografien türkischer Kinder aus dem Erdbebengebiet, waren alle Eltern zu einer Vernissage in der Schule eingeladen. Dieses Fest wurde auch von zahlreichen Migranteneltern besucht, die großes Interesse an der Ausstellung zeigten und mit viel Freude zur Musik einer türkischen Band tanzten. Gekocht für diese Vernissage hatten die Frauen vom Deutschlernkurs. Bei einem zweiten Fest im EINE-WELT-HAUS, bei dem die Reaktionen der deutschen Kinder auf die Ausstellung präsentiert wurden, feierten wiederum viele Eltern mit der Schule zusammen.
- Bei der Elternbeiratswahl im Schuljahr 2002/03 konnte durch das bereits funktionierende Netzwerk aktiv für die Wahl von Migranteneltern in den Elternbeirat geworben werden. Zwei der gewählten Elternbeiräte organisierten nun selbstständig mehrere Elternabende

für türkische Migranten in deren Muttersprache.

- Im Februar 2003 fand ein Elternabend mit einer türkischen Sozialpädagogin der Initiativgruppe Interkulturelle Begegnung und Bildung e.V. statt. Dieser Abend und auch einige Folgeveranstaltungen waren sehr gut besucht, und es gab engagierte Diskussionen. Ein Mitglied des Lehrerkollegiums war als Ansprechpartner immer dabei.
- Beim Projekttag im April erklärten sich Migranteneltern bereit, einen ganzen Vormittag einer Gruppe von Schülern etwas über ihre Heimat zu erzählen und mit den Kindern Tänze, Gerichte oder Spiele aus ihrer Heimat zu erproben.
- Der Elternbeirat beteiligte sich am Training von Bewerbungsgesprächen für die 8. und 9. Klassen und half damit auch Migrantenkindern bei der Vorbereitung oft harte Vorstellungsgespräche
- Im Juli fand ein Abend mit einer türkischen Psychologin statt mit dem Titel „das innere Kind“. Diese erklärte den Eltern das Verhalten ihrer Kinder aus psychologischer Sicht.
- Ende Juli 2003 nahm die Schule Kontakt mit dem „ausländischen Elternverein München e.V.“ auf. Schon beim Sommerfest am Ende des Schuljahres steuerte der Elternverein einige sehr interessante Beiträge bei. Ein Märchenerzähler erzählte deutsche und türkische Märchen, ein afrikanischer Musiker führte ein typisches Instrument vor, vier Frauen kochten mit den Kindern Spezialitäten aus fremden Ländern.
- In den Sommerferien nahm die Schule Kontakt zu einer Sponsorin auf, die das Modell „Integration macht Schule“ (IMS) unterstützte, das bereits an einer Schule in Neuperlach erfolgreich von der AWO durchgeführt wurde. Dieses Modell hat das Ziel, Migranteneltern dazu zu ermuntern, sich in verschiedener Weise gegenseitig zu unterstützen,

- eigenen Hobbys in der Schule gemeinsam mit ihren Kindern nachzugehen und selbst Veranstaltungen zu organisieren, die aus ihrer Sicht wichtig sind. Dafür wurde als Helfer ein Sozialarbeiter mit Migrantenhintergrund von der AWO zur Verfügung gestellt, der zu bestimmten Zeiten in der Schule präsent ist. Wichtig bei diesem Modell ist, dass die Elternabende immer in verschiedenen Sprachen und gleichzeitig in Deutsch angeboten werden.
- Auch zu Beginn des Schuljahres 2003/04 fand für die türkischen Eltern der fünften Klassen ein spezieller Elternabend in türkischer Sprache über das Schulsystem in Deutschland und speziell das Schulsystem der Willy-Brandt-Gesamtschule statt, außerdem ein Treffen aller Migrantenern, die an einer Nachhilfe für ihre Kinder interessiert sind.
 - Beim Literaturcafé Mitte Mai 2004 gab es einen Abend mit einem türkischen Märchenerzähler, an dem auch die Kinder des Deutsch-Förderkurses ihre Märchen vorlasen. Der Abend fand unter den Migrantenern großen Zuspruch. Alle Anwesenden äußerten sich sehr positiv.
 - Der Elternbeirat veranstaltete 2004 einen Elternabend zum Thema: Drogenprävention, der vor allem auch bei Eltern anderer Nationalität auf großes Interesse stieß.
 - Im Oktober 2004 fand ein Berufsabend für die Hauptschüler/innen der Willy-Brandt-Gesamtschule statt. In den meisten Fällen wurde zwei Tage vor dem Abend noch einmal telefonisch eingeladen und auch erklärt, warum ein Erscheinen so wichtig sei. Dieser Anruf kurz vorher ist bei der Elternarbeit mit Migranten sehr wichtig, da schriftliche Einladungen oft nicht entsprechend wahrgenommen werden. Diese Telefonate können durchaus auch von Eltern oder älteren Schülern übernommen werden, so dass nicht eine Person zu sehr belastet ist.
 - Aus der Zusammenarbeit mit den Münchner Kammerspielen im Projekt „BUNNY HILL“ (Dezember 2004 – April 2005) entwickelte sich die Idee der „HASENKETTE“. Peripherie und Zentrum werden mit 300 Holzhasen optisch in Verbindung gebracht. Hierbei leisten Eltern einen großen Teil der Vorbereitung und auch der Durchführung. Ein Angebot an Eltern und Kinder aller Kulturen.
 - Zu Beginn des Schuljahres 2005/06 beauftragt die Schulleitung eine Lehrerin, die klassenübergreifende Elternarbeit zu übernehmen. Es wird eine Abfrage der Bedürfnisse der Eltern gemacht. Dabei werden von den Eltern folgende Themen gewünscht:
 - Wie helfe ich meinem Kind sinnvoll bei den Hausaufgaben?
 - Was geht im Gehirn beim Lernen vor?
 - Hilfen für Alleinerziehende
 - Das Schulsystem in Deutschland
 - Wie bringe ich mein Kind zum Lesen?
 - Pubertät – eine schwierige Zeit für alle
 - Rauchen, Alkohol und andere Drogen
 - Taschengeld
 - Gewalt in der Schule
 - Folgende Elternabende gab es daraufhin im Schuljahr 2005/06
 - Skill für Eltern
 - Übergang Schule – Beruf (Kooperation mit KOOSA)
 - Sucht – Wie kann ich mein Kind am besten schützen und stärken
 - Familie lebt in vielen Formen [gerade auch bei ausländischen Partnern]
 - Folgende türkische Elternabende wurden bis zum Ende des Schuljahres noch durchgeführt
 - Depression
 - Gewalt in der Schule und zu Hause
 - Türkischer Leseabend
 - Türkischer Liederabend
 - Auch im Schuljahr 2006/07 gab es einige Aktivitäten mit Eltern:

Da der Übergang Schule-Beruf für viele Eltern eine große Herausforderung darstellt, führte die WBG im Februar wieder einen Berufsabend durch. Mehr als 35 Betriebe und weiterführende Schulen hatten in der Aula einen Stand aufgebaut und standen für die Eltern als kompetente Auskunft zur Verfügung. Hierbei wurden wichtige Kontakte geknüpft. Auch ausländische Bürger standen als Berater bereit. Der Elternbeirat schuf einen Übersetzungsfundus: Für mehr als 20 Sprachen stand in unserem Elternbeirat ein Übersetzer zur Verfügung. Die Übersetzer wurden in einer Liste namentlich mit Adresse und Telefonnummer festgehalten.

Gegen Ende des Schuljahres gab es einen bayerischen Abend organisiert von Elternbeirat und AWO. Es kamen viele Eltern und Lehrer in Tracht, es gab bayerische Musik und bayerisches Essen, alles war bayerisch geschmückt. Der Höhepunkt war, als wir bayerische Tänze lernten. Eltern mit Migrationshintergrund kamen hier mit einheimischen Bräuchen in Kontakt.

Zu Beginn des Schuljahres 2007/08 gab es eine Elternbeiratsklausur, an der auch die Beauftragte der Schulleitung teilnahm. Es zeigte sich wie wichtig dieser intensive Austausch war, da die Lehrerin als Kennerin der Schule viele Fragen beantwortete und den Eltern viele Tipps für eine sinnvolle Unterstützung geben konnte. Andererseits wurde die Schule auf viele Probleme der Eltern erst aufmerksam. Es ist bemerkenswert, dass stets in der Elternvertretung auch Eltern mit Migrationshintergrund vertreten sind.

Im Januar 2008 strichen der Elternbeirat und engagierte Lehrer mit 38 Eltern den Gang im 3. Stock. Es zeigte sich, dass die Migrantenern auf den brieflichen Aufruf kaum reagierten. Persönlich angerufen waren sie sehr oft bereit zu helfen. Auffallend war, wie engagiert und kompetent sie arbeiteten, und dass es für sie eine Selbstverständlichkeit war, diese Dinge in der Schule ihrer Kinder zu machen. Nach diesem Vorbild konnten noch weitere Gemeinschaftsräume sowie ein eigener Raum für den Elternbeirat gestrichen werden.

Das Schuljahr 2008 klang aus mit einer aktuellen Befragung aller Eltern nach Wünschen von besonderen Vortragsthe-

men und nach bestimmten Vortragssprachen.

Zu den wichtigsten dieser Themen wird es im kommenden Schuljahr gemeinsam mit der AWO und anderen Organisationen wieder Vorträge geben- und dies möglichst zusätzlich auf türkisch.

In jüngster Zeit wird in einigen Klassen wird zunehmend auf die Möglichkeit von wöchentlichen Rundmails der Tutorin, aber auch der Klassenelternsprecherin an die Eltern zurückgegriffen. Es wird von den Eltern als sehr positiv aufgenommen viele Informationen über das Schulleben zu erhalten. Oft schreiben sie auch ihre Bitten und Wünsche zurück.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass gelungene Elternarbeit an einer Schule ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung des Schulklimas ist. An der Städtischen Willy-Brandt-Gesamtschule wurden dazu einige tragfähige Ideen entwickelt, die auch Migranteneltern ansprechen. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass man alle Eltern, gleich welcher Herkunft als wichtige Partner ernst nimmt, dass man sich deshalb für diese Aufgabe Zeit nimmt, ihre Bedürfnisse abfragt und sich daran orientiert. Nur in einer guten Zusammenarbeit mit den Elternhäusern können die Schüler/innen optimal gefördert werden. ♦

Kontakt:

Andrea Östreicher (Schulleitung), Thomas Siegel (Elternbeirat)
Willy-Brandt-Gesamtschule, München
www.wbg.musin.de



Aus Den Ländern

Rheinland-Pfalz

Schulstrukturreform in Rheinland-Pfalz – der Weg zur „Einen Schule für alle?“

Ende Oktober 2007 stellte Frau Staatsministerin Doris Ahnen den bildungspolitisch aktiven Verbänden und der Öffentlichkeit ein neues schulpolitisches Konzept für das Land Rheinland-Pfalz vor. Die Kernaussage lautete: bis zum Schuljahr 2013/14 werden die Hauptschulen des Landes aufgelöst und gemeinsam mit den bestehenden Realschulen und Regionalschulen in die neue Schulform „Realschule plus“ mit einer Gemeinsamen Orientierungsstufe ohne äußere Leistungsdifferenzierung in den Klassenstufe 5 und 6 überführt. Gleichzeitig wird damit eine „Zweigliedrigkeit plus“ installiert: zum einen diejenigen Schularten, die den Abschluss der Allgemeinen Hochschulreife anbieten (das Gymnasium **und** die Integrierten Gesamtschulen) sowie diejenigen Schulen, deren Bildungsgänge durch die Abschlüsse der Berufsreife und des qualifizierten Sekundarschlusses I charakterisiert sind. Von den bildungspolitischen Diskussionen ausgenommen sind die vielfältigen Ausprägungen des Förderschulsystems.

Vielfach wurde von Verbänden mit den Ansätzen der Schulstrukturreform eine

deutliche Akzentuierung in Richtung der „Einen Schule für Alle“ erwartet. In der Tat gibt es Ansätze, mehr integrativen und gemeinsamen Unterricht zuzulassen. Allerdings lassen die Regelungen des Schulgesetzentwurfs, der zum 1. August 2009 in Kraft treten wird, auch dezidiert ab der Jahrgangsstufe 7 abschlussbezogene Bildungsgänge vor.

In der politischen Praxis haben sich an verschiedenen Standorten sehr umfangreiche Diskussionen entwickelt zur Weiterentwicklung der lokalen Schulstruktur. Viele Schulträger mit ihren Gremien beschäftigen sich sehr ernsthaft mit der Frage, ob für ihren Standort die Errichtung einer Integrierten Gesamtschule eine wohnqualitätsfördernde Entscheidung sein kann. Aus diesen Diskussionen entstanden in den vergangenen Monaten Entscheidungen, für zahlreiche Standorte Errichtungsanträge für Integrierte Gesamtschulen zu stellen. Etliche Schulträger haben in den vergangenen Monaten diese Möglichkeit ergriffen. Für das Schuljahr 2009/2010 hat die Landesregierung zehn Standorten diese Option erteilt (s. auch Ausgabe 3/2008 der „Gesamtschulkontakte“). Dies ist unter Berücksichtigung der aktuellen Standortsituation (26 Integrierte Gesamtschulen im Schuljahr 2008/09) in der Tat eine beachtliche Steigerung.

Auch für die kommenden Jahre sind Errichtungsanträge für Integrierten Gesamtschulen in vergleichbarem Umfang zu erwarten. Bei rund 600 Schulen im Sekundarbereich I im Land kann sicherlich nicht ernstlich davon gesprochen werden, dass es die „Eine Schule für Alle“ im Land geben wird.

Diese Ausweitungen sind mehr als die Gesamtschulbefürworter in den vergangenen Jahren im Land Rheinland-Pfalz erwartet hätten. Auch reicht natürlich nicht alleine der Austausch des Namensschildes der Schule aus, eine andere Pädagogik, die sich an den individuellen Interessen und Voraussetzungen der Schülerinnen und Schüler orientiert, zu realisieren. Eine qualifizierte Vorbereitung neuer Schulen ist dabei ein bedeutsames Kriterium. Dazu zählt aus Sicht des Landesverbandes zum einen die Vorbereitung auf diese pädagogischen Herausforderungen durch die Schulen vor Ort, z.B. durch die Installation einer Steuerungsgruppe, die sich mit der Weiterentwicklung der schulischen Arbeit vor Ort beschäftigt. Zum anderen halten wir es für notwendig, dass für die vorgesehenen Standorte einer IGS-Neugründung Planungsgruppen eingerichtet werden, die den Schulstart qualifiziert pädagogisch und organisatorisch vorbereiten. Hierzu ist auch eine Erweiterung der Ressourcen bei den Serviceeinrichtungen des Landes (Institut für schulische Fortbildung und schulpсихologische Beratung (IFB) sowie

des Pädagogischen Zentrums (PZ)) notwendig.

(Weitere Informationen zur Schulstruktureform in Rheinland-Pfalz finden interessierte Leserinnen und Leser unter www.schulstrukturentwicklung.rlp.de. Stellungnahmen des Landesverbandes Rheinland-Pfalz sind im Internet veröffentlicht unter www.ggg-rp.de.)

Franz-Josef Bronder

Berlin

Das ist schon schwer vermittelbar: Zu Beginn dieses Schuljahres starten in Berlin die ersten 11 Schulen bzw. Schulverbände im Rahmen des von der rot-roten-Koalition vereinbarten und getragenen Pilotphase Gemeinschaftsschule; dies fand ein neutral-abwartendes bis wohlwollendes Echo in der Berliner Presse.

Und keine 14 Tage später legt der Bildungssenator einen Vorschlag zur Schulstruktur in Berlin als Diskussionspapier auf den Tisch, das er in Hamburg geschrieben haben könnte: Ab 2014 soll es nur noch Gymnasien und eine zweite Schulform geben, die er, für einen Stadtstaat unsinnig, Regionalschule nennt. In diese Schulform sollen alle nicht gymnasialen Schulen aufgehen, d.h. doch nicht wirklich alle, denn über die Förderschulen schweigt sich das Papier aus, Inklusion scheint ein unbekanntes Fremdwort zu sein. Zuvor sollen ab 2010 die Haupt- und Realschulen zu „Integrierten Haupt- und Realschulen“ (IHR) zusammengelegt werden, also noch in dieser Legislaturperiode. (http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-bildung/bildungspolitik/vorschlag_schulstruktur.pdf) (http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-bildung/bildungspolitik/eckpunkte_vorschlag_schulstruktur.pdf)

Wie allerdings ein Schulsystem, bestehend aus einer Schule für die möglichst klugen Kinder aus gutem Hause und eineinhalb Schulen für den Rest „die Abhängigkeit des Bildungserfolges vom sozialen Hintergrund verringern und die Stärken aller Kinder und Jugendlichen bestmöglich

fördern“ soll, bleibt das Geheimnis des Senators. Insbesondere verwundert das kalte „Abservieren“ des gerade erst begonnenen Gemeinschaftsschulprojektes.

Unter den zahlreichen kritischen Stellungnahmen zu Zöllners Vorschlag sind zwei herauszuheben:

1. Eine gemeinsame Stellungnahme von Bildungspolitikern der Linkspartei und des linken SPD-Flügels (http://www.gemeinschaftsschule-berlin.de/article/212.bilungsziele_fuer_berlin.html)

Ausgehend von Zielen für das Bildungssystem Berlins – jeder erwirbt einen Abschluss, der Abiturientenanteil wird deutlich erhöht, die Kopplung zwischen Schulerfolg und sozialem Hintergrund soll deutlich reduziert werden – mit zeitlichen und quantitativen Vorgaben, wird ein Bündel konkreter nächster Schritte vorgeschlagen, um diese Ziele zu erreichen.

2. Eine Stellungnahme des Landesschulbeirates „Diskussionspapier des LSB zur Schulstruktur“ (http://www.rt-gemeinschaftsschule-berlin.de/userfiles/0811lsb_Schulstruktur.pdf)

Der Landesschulbeirat schlägt ganz schlicht die „Schule für alle“ vor in einem auch den Elementarbereich und den Tertiären Bildungsbereich umfassenden Konzept. So einfach kann's sein.

Der Runde Tisch Gemeinschaftsschule Berlin, an dem sich auch der GGG-Landesverband beteiligt, hat sein „1. Forum“ am 15. Oktober 2008 veranstaltet. Im Abgeordnetenhaus Berlin, dem Berliner Parlamentsgebäude, sprachen die ehemalige Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth und der bekannte Erziehungswissenschaftler Matthias von Saldern über die „Gesellschaftspolitische, wirtschaftliche und pädagogische Begründung der gemeinsamen Schule für alle“. In einem leidenschaftlichen Plädoyer für die Schule für alle betonte Frau Süßmuth vor allem die pädagogische Notwendigkeit und Alternativlosigkeit des längeren gemeinsamen Lernens. Herr von Saldern trug zum Gelingen dieser Mut machenden Veranstaltung bei, indem er auf sehr lebendige Weise eine Fülle praktisch verwertbarer Argumen-

tationen für die Schule für alle darstellte (http://www.rt-gemeinschaftsschule-berlin.de/userfiles/081015saldern_Berlin.pdf). In der anschließenden Diskussion war eines der zentralen Themen der Strukturvorschlag von Senator Zöllner, über den beide Referenten Verwunderung äußerten. Wie Veranstalter und Publikum hätten sie gern diese Vorschläge mit dem Senator (oder wenigstens einem offiziellen Vertreter) diskutiert; obwohl langfristig eingeladen, waren andere Termine wichtiger. Trotz dieses Mankos war die Veranstaltung ein Erfolg und eine Stärkung der Befürworter der einen Schule für alle. Das nächste Forum ist für Anfang Februar geplant. Hier können sich Lehrer und andere wieder Mut holen.

Lothar Sack

Bremen

Schulentwicklungsplan

Die Bremer Schulentwicklung nimmt immer konkretere Züge an. Es liegen mittlerweile die Empfehlungen zur Schulentwicklung vor, die der Fachausschuss der Bildungsdeputation erarbeitet hat. Das wichtigste Ergebnis ist das sogenannte Zwei-Säulen-Modell, das die Oberschule und das Gymnasium als die beiden Schulformen vorsieht. Die Oberschule, in der das Schulzentrum, die Stadtteilschule und die Gesamtschule aufgehen sollen, führt mit der Sek II nach 13 Jahren (in der Regel) zum Abitur, das Gymnasium nach 12 Jahren. Damit ist aus unserer Sicht ‚Eine Schule für Alle‘ in weite Ferne gerückt. Zweifellos sind in den Empfehlungen tragfähige Elemente enthalten, die in Richtung Integrative Schule gehen: Verzicht auf Noten bis Klasse 9, stattdessen Lernentwicklungsberichte, Sitzenbleiben wird bis Klasse 8 abgeschafft, es sei denn, die Eltern bestehen auf der Wiederholung der Klasse. Weiterhin soll der Ausbau der Ganztagschulen vorangetrieben werden. In den Empfehlungen finden sich viele Ideen und Vorhaben wieder, die im Fachausschuss und bei den Expertenrunden als wichtige Maßnahmen für die Weiterentwicklung des Schulsystems genannt

wurden. Eine Schwerpunktsetzung aber sucht man in den ‚Empfehlungen‘ vergebens. Grundsätzlich muss man feststellen, dass die Bedingungen für die Realisierung der geplanten Vorhaben nicht in den Blick genommen werden. Welche personellen und materiellen Ressourcen für eine Umsetzung der geplanten Maßnahmen erforderlich wären, wird in dem Papier nicht erwähnt. Das aber wäre für eine langfristige und strategisch planvolles Vorgehen unabdingbar.

Karlheinz Koke

Hamburg

Die schulpolitische Situation in Hamburg hat sich seit dem Bericht in den letzten Gesamtschul-Kontakten nicht verändert. Das von verschiedenen Verbänden und Einzelpersonen initiierte und unterstützte Volksbegehren „Eine Schule für Alle“ war leider nicht erfolgreich. In den drei Sammelwochen sind 51.509 Unterschriften wahlberechtigter Bürger und Bürgerinnen Hamburgs zusammengetragen worden; erforderlich gewesen wären aber 62.000 Unterschriften, was 5% aller Wahlberechtigten entspricht. Natürlich sind wir enttäuscht, weil ein erfolgreiches Volksbegehren der Einen Schule für Alle einen enormen Rückenwind verschafft hätte. Im Nachhinein müssen wir aber sehen, dass wir unsere Kräfte für ein solches Vorhaben überschätzt und die Schwierigkeiten unterschätzt haben. Deutlich wurde, dass hinsichtlich der Einen Schule für alle noch eine umfangreiche Aufklärungsarbeit zu leisten ist, für die wir auf eine breite Unterstützung angewiesen sind. Die Gruppe, die sich für die Volksinitiative und das Volksbegehren zusammengefunden hat, wird daran weiter arbeiten.

Die Schulbehörde stößt bei der Umsetzung ihres Strukturmodells (6 Jahre Primarschule und anschließend zwei Säulen aus Stadtteilschule und Gymnasium) auf vergleichbare Schwierigkeiten. Für die 22 Regionalen Schulentwicklungskonferenzen (vgl. Gesamtschul-Kontakte 3/2008) hat sie ein sog. Eckpunkte-Papier vorgelegt, das den Diskussionsrahmen für die

Regionalkonferenzen absteckt. Das Papier macht deutlich, dass die Planer den Stadtteilschulen keine Chance lassen wollen, sich als Gesamtschulen weiterzuentwickeln. Von dem umfassenden Bildungsauftrag der Gesamtschulen findet sich nichts im Eckpunkte-Papier. Im Gegenteil, nur den Gymnasien wird die Aufgabe zugeschrieben, „besonders leistungsfähige Schülerinnen und Schüler gezielt zu fördern“. Und nur an den Gymnasien sollen die Schülerinnen und Schüler „selbstständig, eigenverantwortlich und zielorientiert arbeiten und lernen“. Als „Kernanliegen“ für die Stadtteilschule ist die „Vermittlung von Orientierungswissen über die Berufs- und Arbeitswelt“ vorgesehen. Nichts gegen diese wichtige Aufgabe, aber allein ist das zu wenig.

Stadtteilschulen sind keine Gesamtschulen; sie sind das Komplement zu den Gymnasien und damit Teil des zweigliedrigen Schulsystems, das die Schüler und Schülerinnen nach vermuteter Begabung ab Jahrgangsstufe 7 selektiert.

Bezeichnend ist auch, dass die Stadtteilschulen „in der Regel mindestens vierzueinhalb organisiert“ sein sollen, während es für die Gymnasien keine solche Vorgabe gibt. Obwohl die Gymnasien nach Abtrennung der Jahrgangsstufen 5 und 6 mehr als ein Viertel ihrer Schülerschaft verlieren werden, sollen nach Möglichkeit alle Standorte erhalten bleiben. Mehrere Gymnasialgebäude wären weitaus besser für die Unterbringung von Stadtteilschulen geeignet als vorhandene Haupt- und Realschulgebäude.

Es scheint seine Zeit zu brauchen, bis allen LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen deutlich wird, was die schwarz/grüne Strukturreform für die Gesamtschulen bedeutet. Zuerst reagiert haben die Gesamtschulen, die eigene Grundschulen führen. Nach den Plänen der Behörde sollen diese Grundschulen zusammen mit den Jahrgangsstufen 5 und 6 von der jeweiligen Gesamtschule abgetrennt und als selbstständige organisatorische Einheiten mit eigenem Kollegium, eigener Schulleitung, eigenen Eltern- und Personalrat geführt werden. Die Behörde will in dieser Frage keine Ausnahmen zulassen, auch

nicht bei den Gesamtschulen, die in ihren Schulprogrammen und in ihrer Schulpraxis auf eine jahrelange kontinuierliche pädagogische Arbeit als Langformschule von Klasse 1 bis 10 bzw. bis 13 verweisen können. Für diese willkürliche Zerschlagung bewährter Langformen führt die Behörde auch gar nicht erst pädagogische Argumente an, sondern verweist lediglich darauf, dass sonst auch die Gymnasien die organisatorische Angliederung von Grundschulen fordern könnten. Mit welcher pädagogischen Begründung sollten die Gymnasien das tun? Um einen kontinuierlichen Bildungsgang kann es nicht gehen, da in der Regel nur ein geringer Teil der Viertklässler auf das Gymnasium übergehen wird. Der organisatorischen Anbindung einer Grundschule steht auch der Artikel 7 (6) des Grundgesetzes entgegen, in dem es heißt: „Vorschulen bleiben aufgehoben“.

Bis das Schulgesetz von der Bürgerschaft verabschiedet wird, bleibt noch Zeit. Vielleicht für einen Kompromissvorschlag der GGG, die Grundschulen an den Gesamtschulen zu belassen, die es wollen, aber keine neuen einzurichten.

Jürgen Riekmann

Nordrhein-Westfalen

Gegen Diffamierung der Gesamtschulen

Die GGG NRW und die Schulleitungsvereinigung der Gesamtschulen in NRW wehren sich gemeinsam mit dem DGB NRW und der Schulforscherin Prof. Dr. Gabriele Bellenberg gegen Diffamierungen der Gesamtschulen durch die nordrhein-westfälische Landesregierung

Ein Exklusivbericht der RuhrNachrichten vom 01.04.2008 zitierte Schulministerin Barbara Sommer mit einer neuen Attacke auf die Gesamtschulen des Landes: „Dieses System ist teuer und führt die betroffenen Schüler zu Frustrationen“. Das Abitur an Gesamtschulen gehöre nach Auffassung des Schulministeriums wegen der hohen Abbrecherquote in der Oberstufe auf den Prüfstand. „Wir leisten



Guntram Schneider, Gabriele Bellenberg, Werner Kerski

uns mit der Gesamtschule ein System, das viele Schülerinnen und Schüler in die gymnasiale Oberstufe hineinführt, die diese zu einem hohen Anteil nicht mit dem Abitur abschließen“. Angeblich sei die Abbrecherquote in der Sekundarstufe II bei den Gesamtschulen mit 40,1 % mehr als doppelt so hoch wie die an den Gymnasien mit 19,3 %.

Drei Monate später – in den Sommerferien! – legte die FDP-Landtagsfraktion nach und forderte mal wieder, die Oberstufen an Gesamtschulen abzuschaffen.

Die Schulministerin, wegen zahlreicher Pannen beim Zentralabitur in der Kritik, erklärte kurz nach den Sommerferien (19.08.2008) der versammelten Presse u.a., dass es an den Gesamtschulen eine „Abitur in Light-Version“ gäbe, und brachte damit das Fass zum Überlaufen. Man beachte: NRW hat zentrale Abiturprüfungen mit gleichen Aufgaben für Gymnasien und für Gesamtschulen!

Auf Vorschlag und mit Unterstützung der Schulleitungsvereinigung der Gesamtschulen in NRW führte die GGG NRW eine breit gestreute Erhebung an 29 Gesamtschulen durch, die deutlich machte, dass die angeblich so hohe „Scheiterquote“ nur mit einem extrem gymnasial verengten Blickwinkel erklärbar war: In der untersuchten Stichprobe erreichten zwar „nur“ 70,2 % der in die Oberstufe eingetretenen Schülerinnen und Schüler das Abitur, weitere 19,9 % verließen die Schule mit der Fachhochschulreife (die sie in der Regel auch bereits nach dem mittleren Abschluss angestrebt hatten); lediglich 9,9 % verließen die Sekundarstufe II ohne einen zusätzlichen Abschluss.

Vor der Landespressekonferenz präsentierte die GGG NRW am 29.08.2008 diese

Ergebnisse. Gemeinsam mit der Bildungsforscherin Prof. Dr. Gabriele Bellenberg (Ruhr-Universität Bochum) und dem Vorsitzenden des DGB-Landesbezirks Guntram Schneider wurde deutlich gemacht, dass die Gesamtschulen des Landes einen quantitativ erheblichen und unverzichtbaren Beitrag zur Ausweitung der Bildungsbeteiligung leisten. Die Pressekonferenz brachte ein weithin – auch außerhalb von NRW – beachtetes Echo.

Die alleinige Betrachtung der Sekundarstufe II ergibt allerdings ein unvollständiges Bild von der Leistungsfähigkeit und dem Erfolg der Gesamtschule. Sie erschließt schon in der Sekundarstufe I zusätzliche Potenziale: Für die von den Gesamtschulen aufgenommenen Kinder sind die von den Grundschulen ausgesprochenen Empfehlungen über alle weiterführenden Schulformen gestreut. In der Gesamtschule erreichen von diesen Schülerinnen und Schülern deutlich mehr einen Mittleren Abschluss mit Berechtigung zum Übergang in die gymnasiale Oberstufe, als es nach den Prognosen auf den Zeugnissen des 4. Schuljahrs zu erwarten war. Dagegen erreichen rund ein Fünftel der „vorsortierten“ Schülerinnen und Schüler, die in die Klasse 5 eines Gymnasiums aufgenommen wurden, nicht die Oberstufe.

Karin Görtz-Brose

Saarland

Der neue Vorstand ist fast der alte

Im Rahmen einer Veranstaltung in der gerade ein Jahr alten Gesamtschule Saarbrücken – Ludwigspark wurde Ursula Gressung-Schlobach als Vorsitzende bestätigt. Ihr Stellvertreter ist Günther Clemens. Er ist Schulleitungsmitglied der selben Schule Saarbrücken-Sulzbachtal, die viele als Kongressschule kennen gelernt haben. Die Kasse führt weiterhin penibel Sigrid Weber und Klaus Winkel ist Schriftführer. Rudi Hahn vervollständigt den Vorstand.

Die Gesamtschule Saarbrücken-Ludwigspark erfolgreich

Keine 30 Kinder wollten oder sollten nach Elternwillen eine 5. Klasse der Erweiterten Realschule (ERS) Saarbrücken – Ludwig-

park besuchen. Die Gesamtschule wird jetzt im zweiten Jahr von mehr als doppelt so vielen Eltern direkt gewählt. Auch das neu gegründete Schengenlyzeum, das in einem der nächsten Hefte vorzustellen ist, weiß hohe Anmeldezahlen auf. Schulleitungsmitglieder beider Schulen haben ihr Konzeptionen und Entwicklungen anlässlich der Wahlversammlung vorgestellt.

Anmeldezahlen für Gesamtschulen stabil

Im Saarland gehen die Anmeldezahlen für die weiterführenden Schulen deutlich zurück. Davon sind die Erweiterten Realschulen massiv betroffen, die Gymnasien deutlich weniger und die Gesamtschulen überhaupt nicht. Allerdings sind an der einen oder anderen noch Plätze frei. Durch die beiden neu eingerichteten Schulen stieg die Anmeldezahl jedoch deutlich. Rechnet man berechtigterweise die Anmeldungen zu neu gegründeten Montessori-Gesamtschule hinzu – sie wird von Uli Basselli, dem langjährigen Landesvorsitzenden der GGG Saarland geleitet – wird die hohe Attraktivität der gemeinsamen Schule für alle Kinder deutlich.

Nicht G 8 – A8 oder A9 ist die Frage

Die saarländischen Gymnasien werden im Sommer ihren ersten A(bitur nach) 8 (Jahren) Jahrgang entlassen. Zahlen, Daten und Fakten dazu sind nachzuliefern. Deutlich ist, dass im Vergleich zu Bayern etwa, die Eltern im Saarland weniger erregt sind, obwohl hier einiges mindestens im Argen liegt, wenn man nicht die ganze Reform für Unfug ansieht. Diese relative Ruhe ist den Gesamtschulen geschuldet, die das A 9 vorhalten. Das wird von immer mehr Schüler(inne)n genutzt. Die derzeitige Landesregierung strebt an, auch den Schüler(inne)n der ERS eine gymnasiale Oberstufe vorzuhalten.

Lehrer-Schüler-Seminar ausgebucht

Seit ca 20 Jahren bietet die GGG Saarland halbjährlich freitags/samstags ein Lehrer-Schüler-Seminar an. Es treffen sich die Verbindungslehrer und viele Schülervertreter, um unterstützt von den erfahrenen Moderatoren Rudi Hahn und Ottmar Wagner Erfahrungen auszutauschen, In-

formationen und Ideen zu sammeln und vor allem um an ihre schulspezifischen Themen zu arbeiten. Nicht nur die Langlebigkeit auch die hohe, die Übernachtungsmöglichkeiten im Schullandheim Oberthal weit übersteigende Anmeldezahl weist auf die Attraktivität und die Notwendigkeit dieses Seminars hin.

GGG Saarland vor den Wahlen

In einem Jahr wird das Saarland eine andere Regierung haben, ob sie von an-

deren Parteien gestellt wird, derzeit regiert die CDU alleine, ist nicht entschieden. Wohl aber wird die GGG Saarland sich mit den schul- und gesellschaftlichen Programmen der Parteien kritisch auseinandersetzen und sich einmischen. In der Frage des längeren gemeinsamen Lernens in Ganztagschulen ist eine weitgehende Übereinstimmung aller Parteien – nein, nicht alle, die CDU denkt und entscheidet anders – erkennbar.

Ganztags-Gesamtschule Neunkirchen auf dem 2. Platz

Der Saarländische Schulpreis wurde 2008 zu ersten Mal verliehen. Die prominent besetzte Jury verleiht den 1. Preis der Saarbrücker Montessorie – Grundschule, den 3. Platz belegt die ERS Sulzbachtal und die Gesamtschule Bexbach erhielt eine lobende Anerkennung, obwohl das Schulgebäude mehr Baustelle als Haus des Lernens war.

Klaus Winkel

GGG trägt Netzwerke ...

von Hans-Peter Kirsten-Schmidt

Gefragt, was denn das Besondere an der GGG sei, fällt mir vieles ein. Und als ich mich auf eine kleine Arbeitsgruppe für den Bundeskongress vorbereitete, stachen mir die vielen Netzwerke ins Auge, die wir initiierten, in Gang hielten und denen wir Impulse gaben.

Die traditionellen Frühjahrs- und früher auch die Herbsttagungen (bis 2005), die großen Gesamtschultagungen gab es in Hessen schon immer. Ich zähle sie nicht zu den Netzwerken, denn sie sind mit bis zu 230 TeilnehmerInnen zu groß, haben eine zu hohe Fluktuation. Sie spielen aber insofern eine Rolle, als sie gern zum zusätzlichen Treffen genutzt werden. So habe ich manches Mal beobachtet, dass sich in einer Ecke „die Beatenberger“ zusammenfanden, auch wenn sie bei unterschiedlichen Klausuren dort waren.

Der Landesvorstand der GGG-Hessen empfahl der Mitgliederversammlung eine Neustrukturierung. Neben der Vorsitzenden und dem Stellvertreter arbeiten im Vorstand Personen mit, die in einem der Bereiche eine Art Projektleiter oder eben die Kümmerer sind. Teilweise sind auch Projekte unter Fortbildungen zusammengefasst. Darüber hinaus haben wir einen Bereich Tagungsvorbereitungen von Gesamtschultag, Mitgliederversammlung bis Klausurtagung des Landesvorstands ge-

schaffen. Entlastend war, dass nicht mehr alle an allem arbeiteten, sondern jede(r) in seinem Bereich recht autonom. Die Kooperation beschränkt sich seitdem auf Berichterstattung. Natürlich wird bei Bedarf jederzeit geholfen. Dem entscheidenden Schritt stimmte die MV am 12.05.2006 in der IGS Nordend, Frankfurt-Main zu.

Die Komponenten eines Netzwerkes sind wohl bekannt und werden nur kurz aus meiner Sicht charakterisiert.

1. Es gibt ein gemeinsames Anliegen, das die beteiligten Personen umtreibt und an dem sie arbeiten/vorankommen möchten.
2. Die mitarbeitenden Personen sind auf Zeit und nur lose miteinander verbunden.
3. Damit es dennoch funktioniert, gibt es einen „Kümmerer“, der zum nächsten Treffen einlädt, die Bedürfnisse regelmäßig abfragt und auch mal an die getroffenen Vereinbarungen erinnert.
4. Das Netzwerk ist in eine Dachorganisation eingebunden, die beispielsweise bei Anträgen an Behörden oder bei Stellungnahmen hilft; hier ist das die GGG.
5. Das Netzwerk nutzt gemeinsam die Möglichkeiten des Systems, wenn es z.B. darum geht, Akkreditierungen der Treffen als Fortbildungen zu beantragen und damit diese als „dienstliche Veranstaltungen mit Versicherungsschutz“ zu werten.

Diese Merkmale sollen mit den im (süd-)hessischen Raum existierenden Netzwerken illustriert werden. Sie werden hier in der Reihenfolge ihrer Entstehung dargestellt. Da teilweise an anderer Stelle über einzelne Aktivitäten schon berichtet wurde, wird nur skizziert und es kann bei Bedarf bei uns nachgefragt werden.

- SchulleiterInnen reformorientierter Gesamtschulen (seit 1987)

Die SchulleiterInnen der Integrierten Gesamtschulen waren zusammen mit den KollegInnen der Kooperativen Gesamtschulen in einem Arbeitskreis organisiert, der unseren spezifischen Bedürfnissen nicht genügt. Eine kleine Runde fand sich, stellte fest, wir brauchen spezielle Fortbildungen und dringend den Erfahrungsaustausch. Bald wurde der Termin vor dem Gesamtschultag Tradition, bis heute treffen sich dann etwa 30 SchulleiterInnen und es gibt einen „harten Kern“ von 10-15 KollegInnen. Nicht alle sind Mitglied der GGG, selbst manche treue Seele bis heute nicht.

Eine besondere Gruppe bilden in Frankfurt die Leiter von Gesamtschulen, die dort eine intensive Zusammenarbeit pflegen.

- Pädagogische LeiterInnen (seit 1991)
- Spezifische Schulentwicklungen in der Metropole Frankfurt führten auch hier zu einer GGG-Initiative und es wurde schnell Tradition, dass man sich im November für einige Tage in Klausur zurückzog, um Anstehendes zu bearbeiten. Und wieder einmal zeigte sich, dass die Gruppe

zu fast jedem Thema qualifizierte ReferentInnen in der GGG fand.

- E/G-Treffen (seit 1994)

Die Mehrzahl der hessischen Gesamtschulen hatte eine Dreierdifferenzierung, stark angelehnt an das traditionelle Schulsystem. Nur 16 von 75 IGS hatten den Mut, diese Barriere zu durchbrechen und trafen die vom Schulgesetz eröffnete Möglichkeit der Zweierdifferenzierung nach den vorgeschriebenen Kursbezeichnungen E und G. Doch die in der Praxis auftretenden Probleme waren zu besprechen und das Vorgehen zu koordinieren. So entstand diese Gruppe aus einer pragmatischen Notwendigkeit heraus, entwickelte sich bald zu einer progressiven Expertengruppe, an der auch eigentlich nicht dazu gehörende gern regelmäßig teilnehmen. Dass die Einladungen dann aus dem Ministerium kamen, war einfach praktisch und entlastete die GGG.

- Von der LehrerIn an der Gesamtschule zur GesamtschullehrerIn (seit 2001)

Beinahe zwei Jahrzehnte wurde kaum eine LehrerIn eingestellt, dann kamen „Neue“ in so großer Zahl an die Schulen, dass die erwähnte Schulleiterrunde sich damit befasste und ein koordiniertes Vorgehen anregte. Zunächst im Raum Darmstadt-Groß-Gerau-Wiesbaden wurde ein Konzept entwickelt und sofort in die Tat umgesetzt. Die ersten Erfahrungen zeigten dringenden Überarbeitungsbedarf, der immer kurzfristig erfolgte. Die eigentlich für die Berufseinstiegsphase zuständigen Stellen veranstalteten Tagungen, konnten aber wegen mangelnder Ressourcen keine Umsetzung realisieren. Inzwischen gibt es Nachfolgemodelle in Frankfurt und Mittelhessen mit gleich gutem Erfolg.

- Beatenberg-Klausuren (seit 2004)

Die zufällige Entdeckung der kleinen, feinen Schule in der Schweiz fand Anklang und Interesse, eine Schulleitergruppe machte sich auf den Weg dorthin und unterzog das Modell einer wohlwollend kritischen Prüfung. Der Grundgedanke faszinierte, die Umsetzung/Adaption auf unsere Gegebenheiten erschien utopisch. Die hessischen LehrerInnen ließen sich

von der Begeisterung anstecken und führen ein Jahr später nach Beatenberg und fanden dort Ansätze für die sofortige Umsetzung sowie ein Ziel für ihre jeweiligen Schulentwicklungen. Das Interesse wurde immer größer, weit über Hessen und Gesamtschulen hinaus. Es sprach sich in der ganzen Republik herum und heute werden die Klausuren zwei Mal im Jahr durchgeführt, die Nachfrage wird eher größer. Die Kollegen müssen sich schon beeilen, jeweils einen der 35 Plätze zu erhalten.

- Kompetenzorientierte LernOrganisation (2005-2007)

Bald schon verabredeten sich die Beatenberg-Fahrer, ihre Materialien auszutauschen, damit nicht jeder das Rad neu erfindet bzw. unnötige Doppelarbeiten entstehen. Das klappte ein, zwei Mal ganz gut, aber schon bald gab es Nur-Geber und eine immer größer werdende Schar von Nur-Nehmern. Der eigentliche Sinn, einen Austausch sicher zu stellen, war nicht mehr gegeben und wir luden einfach nicht mehr ein. Das ist sicher vorläufig aber vielleicht finden wir noch einen anderen Weg.

- ASSE (Associated Senior School Experts)

So nennen sich ehemalige SchulleiterInnen und Schulaufsichtsbeamte, die sich zum Ziel gesetzt haben, eingebunden in die GGG, ihre Kenntnisse und Erfahrungen allen zur Verfügung zu stellen, die danach fragen. Sie bieten Integrierten Gesamtschulen Beratung und Hilfe beim Aufbau, bei der Schulentwicklung, die sich dem Ziel eines möglichst langen gemeinsamen Lernens und zugleich einer Entwicklung der individuellen Fähigkeiten ihrer Schülerinnen und Schüler verschrieben haben.

Fazit

Wir unterstützen nach unserer Wahrnehmung lernende Schulen effektiv auf dem Weg zu selbstständigen Schulen. Jede Kollegin, jeder Kollege ist uns in den Netzwerken oder bei den Tagungen willkommen. Dass dieses als möglicher Einstieg in die GGG gewertet wird und schließlich auch zur Beantragung der Mitgliedschaft führt, können wir belegen. ♦

Termine

15. bis 17.01.2009

GGG-Bund – Bundesvorstandssitzung in Stedesdorf

30.01. bis 03.02.2009

GGG-LV Hessen – Seminar und Schulbesuch Institut Beatenberg (9), Schweiz (nur noch wenige Plätze frei)

07.02.2009

LGL – Arbeitstreffen der „Initiative Länger gemeinsam Lernen“, Hannover

10.02. bis 14.02.2009

Didacta in Hannover

21.02.2009

GGG-LV Hamburg – 2. Hamburger Fachtagung, Rudolf-Roß-Gesamtschule

27. bis 28.02.2009

GGG-Bund – Revision, Stedesdorf

06.03.2009

GGG-LV Hessen – Treffen der GGG-Schulleiter

07.03.2009

GGG-LV Hessen – Frühjahrstagung in Frankfurt/Main, Ernst-Reuter-Schule

27. bis 28.03.2009

GGG-Bund – Bundesvorstand und Hauptausschuss, Unna

18. bis 20.06.2009

GGG-Bund – Bundesvorstandssitzung in Stedesdorf

29.08.2009

LGL – Arbeitstreffen der „Initiative Länger gemeinsam Lernen“, Hannover

11. bis 12.09.2009

Grundschulverband
Grundschulkongress, Frankfurt/Main

18.09. bis 20.09.2009

GGG-Bund – Bundeskongress in Hamburg, Max-Brauer-Schule
40 Jahre GGG, Mitgliederversammlung

20. bis 21.11.2009

GGG-Bund – Bundesvorstand und Hauptausschuss, Unna

Die Bildungsangebote der GGG-Weiterbildungseinrichtungen „Forum Eltern und Schule“ und „Austausch und Begegnung“ sind abrufbar unter

www.weiterbildung-fuer-schulen.de.

Die Redaktion bittet die Landesverbände, Termine rechtzeitig zur Veröffentlichung bekannt zu geben!



Gemeinnützige
Gesellschaft
Gesamtschule

Gesamtschulverband

Kommentar



Hamburg braucht (k)eine Schule für alle!?

Was uns das Scheitern der Volksinitiative ist lehrt

von Joachim Lohmann

Im Juni 2007 startet ein Bündnis von Gewerkschaftern, Politikern und Vertretern weiterer Organisationen eine Volksinitiative „Hamburg braucht eine Schule für alle“. Sie richtet sich gegen eine von einer Enquetekommission der Bürgerschaft vorgeschlagene und von CDU und SPD übernommene Konzeption, in Hamburg die Zweigliedrigkeit einzuführen. Danach sollten Haupt- und Realschule zu Stadtteilschulen zusammengelegt werden, die grundsätzlich eine eigene gymnasiale Oberstufe besitzen sollten. Träger der Volksinitiative war vor allem die GEW, aber auch Repräsentanten aus der SPD, der GAL und der GGG.

Hamburg hat ein dreistufiges Volksabstimmungsrecht: die Volksinitiative, das Volksbegehren und den Volksentscheid. Die Volksinitiative nahm die erste Hürde im Januar 2008. Für die zweite Hürde - das Volksbegehren - waren knapp 62.000 Stimmen erforderlich. An dieser Hürde scheiterte die Initiative mit nur gut 51.000 Stimmen.

Die generellen Voraussetzungen für einen Erfolg der Volksinitiative waren so günstig wie selten und sonst nicht:

- Das öffentliche Bewusstsein wurde bis vor kurzem maßgeblich von der Bildungspolitik bestimmt, mit der Regierungsparteien bei Wahlen schon ihre Mehrheiten verspielen konnten.
- Hamburg gehört zu den liberalsten Städten in Deutschland; selbst die CDU

stellt in Hamburg den liberalsten Landesverband.

- Hamburg hat im Ländervergleich ein sehr bürgernahes Volksabstimmungsrecht. Beim Volksbegehren verlangt Hamburg 5% der Zustimmung der Wahlberechtigten, in anderen Ländern liegt die verlangte Quote zwischen 4 und 20 %. Beim Volksentscheid müssen 20%, ansonsten im allgemeinen 25% der Wahlberechtigten zustimmen. So sind in Hamburg seit 1998 7 Volksbegehren und 3 Volksentscheide zustande gekommen.
- Hamburg hat nach Berlin den höchsten Anteil an Gesamtschülern in der Klassenstufe 8. Seit der Einführung des Elternrechts auf Gesamtschule 1979 liegt die Gesamtschulquote über 200%. Eine entsprechende nicht geringe Minderheit der Wahlberechtigten hat damit als ehemalige Schüler/-innen, als Eltern oder als Lehrer/-innen direkte Erfahrung mit der Gesamtschule.
- Die Volksinitiative hat geschickt den Landtags-Wahlkampf für die Mobilisierung genutzt. So gut die generellen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Volksinitiative waren, so schlecht waren die politischen Bedingungen: die Initiative wurde weder von der SPD noch - bei der zweiten Hürde des Volksabstimmungsrechtes - von den Grünen mit getragen.
- Die Volksinitiative war gegen den Vorschlag der Enquetekommission der

Bürgerschaft gerichtet, nachdem er von der SPD-Bürgerschaftsfraktion und dem SPD-Landesvorstand angenommen wurde. Damit stellte sich die Initiative bewusst gegen die SPD.

- Die Fraktionsvorsitzende der GAL, Christa Goetsch, hatte zunächst die Volksinitiative unterstützt. Nach der schwarz-grünen Koalitionsvereinbarung war sie als Bildungssenatorin an die von ihr mit ausgehandelte Vereinbarung gebunden. Obwohl diese die Schulstruktur sehr weitgehend - und mit der möglichen Kooperation der Gymnasien mit Primarschulen auch gefährlich - umstrukturieren will, blieb die Volksinitiative bei ihrem Volksbegehren. Sie stellte sich damit auch gegen die Grünen und verlor damit jede politische und parlamentarische Unterstützung, statt sich auf eine verbesserte Umsetzung der Koalitionsvereinbarung zu konzentrieren.

Die gemeinsame Schule für alle jetzt durch Volksentscheide ohne oder sogar gegen starke politische und parteiliche Unterstützung zu erzwingen, ist - wenn schon nicht in Hamburg -, dann erst Recht in keinem anderen Bundesland erreichbar. Wer die „Eine Schule für alle“, ob sie nun Gesamtschule, Gemeinschaftsschule oder anders heißen mag, langfristig durchsetzen will, muss politische Parteien als Bündnispartner gewinnen - und das heißt, auch deren Interessen in die eigene Strategie mit einbeziehen. Die Parteien haben das berechtigte Interesse, dass Bildungsreformen pädagogisch, gesellschaftlich und politisch durchsetzbar und erfolgreich sind und dass sie als Parteien regierungsfähig bleiben. Konzeptionelles und strategisches Denken, beides gemeinsam ist gefragt. ♦